

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Auslieferung 2,20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat, durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechtunden: für die Redaktion: Nachmittags 5—8 Uhr. Produktionsgesellschaft für die Provinz Schlesien, e. V. m. b. H., Breslau, Postfach Nr. 21059. — Fernsprech-Nachricht: Nr. 8887.

Dienstag, 7. Februar 1922

Verlagsadresse: Die Hauptredaktion, Mühlentorstraße 100, Postfach 130, Breslau. Familienanzeigen, Verlags- und Besorgungszweigen 100, Postfach 130, Breslau. Die Mühlentorstraße, Postfach 100, Breslau. Fern Nr. 8887.

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks

Auch in Baden und Württemberg Streik — Die Bedingungen der Streikenden

Die Regierung verhandelt — Berlin ohne Licht, Wasser und Kohle

Streikausbruch in Baden

Nach Mitteilung der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe ist auch in Baden der Eisenbahnerstreik Sonntag nacht 12 Uhr ausgebrochen. Der Eisenbahnverkehr in Ober- und Mittelbaden ruht vollkommen. Die Technische Nothilfe ist aufgerufen, um den in Aussicht genommenen Notverkehr durchzuführen. In Mannheim sind die Lokomotivführer ausserhalb in den Streik getreten. Es werden bisher nur Züge mit lebenswichtigen Gütern, wie Milch, Vieh usw. befördert. Die Züge, die verkehren, werden von höheren Beamten gefahren. Bahnhöfe und Anlagen sind durch Beamte der Schupo besetzt.

Streikgefahr in Württemberg

In einer Besprechung des württembergischen Staatspräsidenten mit den Lokomotivführern erklärten diese, daß, wenn es der Reichsregierung nicht bald gelänge, Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft anzubahnen, die in Süddeutschland eingenommene Haltung sich nicht mehr aufrecht erhalten lasse.

Streik der Eisenbahnarbeiter

Erfurt. Die Arbeiter der Hauptwerkstätten sind plötzlich in den Streik getreten, ohne die Bezirksleitung des deutschen Eisenbahnerverbandes zu informieren. Dadurch hat sich die Lage weiter verschärft. Die Ausführung des Planes der Oberpostdirektion Erfurt, in Thüringen Post und Pakete durch Kraftwagen befördern zu lassen, ist an dem starken Schneefall gescheitert.

Hann. Ungefähr 500 Streikende zogen aus einer Versammlung nach dem Bahnhof, drangen trotz des Widerstandes der Polizeimannschaften in das Bahnhofsgebäude ein und entzogen die Arbeitswilligen mit Gewalt. Die Schupo hat den Bahnhof zwar wieder besetzt, ist aber außerstande, die Bahnhofsanlagen von den Streikenden zu säubern.

Bremen. Der Betrieb auf dem Bremer Hauptbahnhof und in Geestemünde ist vollkommen stillgelegt.

Die Bedingungen der Streikenden

Der Aktionsausschuss der RDE hat durch Mittelsmänner der Regierung mitgeteilt, daß er darauf besteht, direkte Verhandlungen mit der Regierung zu führen.

Die Grundbedingung für eine Einigung sei eine Erleichterung, wonach Maßregelungen von Streikführern oder Streikenden durch die Regierung nicht vorgenommen werden dürfen.

Es wird weiter die bindende Erklärung verlangt, sofort die Neuregelung der unteren Beamtengehälter vorzunehmen.

Zu der Frage des Arbeitszeitgesetzes wird verlangt, daß zunächst das Arbeitszeitgesetz für die Privatindustrie vorgelegt wird. Die RDE behauptet mit Recht, daß für die Privatindustrie ebenfalls die Ausdehnung der Arbeitszeit auf 18 Stunden zugelassen wird, wenn erst die Eisenbahnen das Gesetz ohne Widerstand angenommen haben. Mit Recht betont die Streikleitung, daß sie einen Kampf für die gesamte deutsche Arbeiterklasse führen.

Die Eisenbahnbeamten nehmen mit Recht an, daß ein Befehl, daß auch den Beamten und Arbeitern der Privatindustrie eine unbeschränkte Arbeitszeit bringt, diese auf den Plan dringt. Sie lehnen es ab, Versuchsobjekt zu sein.

Als Bedingung für den Streikabbruch wird weiter verlangt, daß alle den Eisenbahndirektionen zugegangenen Verfügungen über die Arbeitszeitregelung zurückgezogen werden und der alte Zustand hergestellt wird.

Die „feste“ Haltung der Regierung

Die Bedingungen der Streikenden bedecken bei ihrer Erfüllung natürlich einen glatten Rückzug der Regierung. Bereits Anfangs war klar, daß Streikverbot müssen rückgängig gemacht werden, die schon in Angriff genommenen Disziplinarmassnahmen und die ihnen folgende „Säuberung“ des Beamtenkörpers können nicht zur Durchführung kommen.

Wir verstehen, daß angesichts dieser festen Haltung die Regierung auch bemüht ist, „fest“ zu bleiben. Die Ausdehnung des Streiks auf Süddeutschland, der ungebrochene Kampfeswille und die Aktionsbereitschaft der gesamten Arbeiterklasse hat die „Festigkeit“ der Regierung bereits erschüttert. Seit Montag Mittag verhandelt die Regierung

Der Kampf der Eisenbahnbeamten um das

Ergebnisminimum und um den Achtstundentag. Die Beamtenhaft hat seit Jahren fürchterliche Enttäuschungen durchgemacht. Planmäßig und systematisch hat man die durch Jahre erworbenen Rechte der Beamten und Arbeiter bei jeder sich bietenden Gelegenheit gekürzt. Bei jeder Gelegenheit fährt man das Bestreben der Eisenbahn auf die hohen Gehälter und Löhne zurück, obwohl statistisch festgestellt ist, daß diese prozentual zur Selbstwertung erheblich niedriger sind wie vor dem Kriege. Das eigentliche Uebel überzieht man aber geistlich. Man verschweigt, daß die Industrie die abgemietete Eisenbahn benützt, um sich ungeheure Gewinne einzufahren; siehe die Dividenden der Aktiengesellschaften. Bei den riesigen Kapitalansammlungen der Industrie ist das Verhalten nach einer Dienstdauer bis zu 15 Stunden eine weitere Ausbeutung des Arbeitnehmers. Wenn man die Schilderungen der Regierung verfolgt, so muß das Arbeitszeitgesetz als ein reines Ohrrohr angesehen werden. Für die beteiligten Bediensteten heißt es aber alles andere als dieses vor, soll doch die Dienstbereitschaft als Mähe angesehen werden. Die Eisenbahner sollen hier ein Versuchsobjekt darstellen; woran dieses gelingt, dann ist die Ausdehnung auf die übrigen Beamten und Angestellten eine Kleinigkeit. Die Männer der Regierung, welche es als ihre Lebensaufgabe betrachten, den Achtstundentag einzuführen, sind mit die ersten, welche die Beseitigung desselben unterstützen. Die Regierung hält sich fast genug, den Kampf gegen den verhassten Achtstundentag aufzunehmen. An dem ersten Willen der Eisenbahnbeamtenhaft, am Wiederaufbau anderer Vaterlandes mitzuhelfen, kann nicht gezweifelt werden, denn mit Zugelschuld haben sie bisher die größten wirtschaftlichen Entbehrungen ertragen und ihre Lebensbedürfnisse auf das Notwendigste eingeschränkt. Daß es aber bei der heutigen sprunghaften Teuerung nicht so weitergeht, muß jedem einsichtigen Menschen klar sein. Das Ergebnisminimum ist bis zur Schaltungsgruppe VI noch nicht vorhanden, und alle Vorstellungen bei der Regierung haben nicht vermocht, gründliche Abhilfe zu schaffen. Sämtliche Parteien des Reichstages haben erklärt, daß die oberen Besoldungsgruppen über das Maß hinaus erhöht und die unteren Besoldungsgruppen nicht genügend berücksichtigt sind. Sie finden aber nicht den Mut, diesen Zustand abzuheben. Die wirtschaftliche Not des Staates, welche herhalten muß, die Forderung n der Eisenbahner abzulehnen, muß aber doch noch nicht groß genug sein, um die Regierung zu veranlassen, die Steuern der bestehenden Klasse einzuziehen. Die gesamte Beamtenhaft fordert von dem Staat, dem sie sich verpflichtet hat, Zubilligung eines zur Lebensführung notwendigen Einkommens. Es genügt nicht, daß der Reichsfinanzminister sagt, daß die Brotversorgung des deutschen Volkes sichergestellt ist, wenn nicht gleichzeitig der Beamtenhaft die Mittel gegeben werden, das Brot zu kaufen. Deshalb heißt es die Reichsgewerkschaft für angezeigt, den ernsthaften Willen der Regierung, der Not abzuheben, durch ein Ultimatum zu ergründen. Der Erfolg war glatte Ablehnung. Die Regierung hat somit den Kampf gewollt. Die Eisenbahner kämpfen deshalb nicht nur für sich, sondern für die gesamte Beamten- und Arbeiterhaft. Bezirksstreikleitung Direktion Breslau.

Streik der Berliner städtischen Arbeiter

Der Gemeindefacharbeiterstreik hat mit aller Schärfe eingesetzt. Am Sonntag morgen wurde die Licht-, Kraft- und Wasserversorgung eingestellt. Das ist nur noch wenig da. Von sämtlichen städtischen Verkehrsmitteln verkehren nur noch die Hoch- und Untergrundbahn. Nur die Arbeiter der Lebensmittellieferung dürfen vorläufig arbeiten. Die Handwerkskammer hat angeblich den bürgerlichen Abwehrstreik beschlossen. Die Arbeiter, die dadurch in den Generalstreik getrieben werden, sind in der Lage, diese Angriffe niederzuschlagen.

Weitere Zunahme der Teuerung

Die „rote Fahne“ meldet: Nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes ist durch die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten, Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung vom Dezember 1921 gegen Januar 1922 von 1560 auf 1640 Mk., demnach um 5,8 v. H. gestiegen. Gegenüber dem Januar 1921 bedeutet dies eine Steigerung um 73,7 Prozent; gegenüber dem Mai, dem billigsten Monat des vergangenen Jahres, um 86,4 Prozent. Weniger stark als im Vormonat trugen im Berichtsmonat die Erhöhungen und Abgaben für Heiz- und Leuchtstoffe zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten bei. Die Wohnungsmieten erhöhten sich in einer Reihe von Erhebungsgemeinden. Bedeutend stärker steigerten sich die Kosten für den Ernährungsbedarf. Die Indexziffer für Ernährungsausgaben allein ist von 2088 auf 2219 oder 6,3 Prozent gestiegen. Billiger wurden seit dem Vormonat nur Fett, deren Preise sich bis Mitte Januar recht erheblich erniedrigen konnten. Inzwischen haben sie allerdings wieder angezogen, dagegen wurden in einer größeren Reihe Erhebungsgemeinden Brot fast allgemein, Rindfleisch, Fische, Butter, Kartoffeln und Gemüse weitestgehend teurer, für die übrigen Lebensmittel war die Preisbewegung nicht ganz einheitlich.

Eisenbahnerstreik

Die Eisenbahnerstreik, kaum daß er begonnen, ist aus einem Lohnkampf umgeschlagen in eine große politische Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die noch kleinbürgerlich eingestellten Schichten der Eisenbahner, die unteren Beamten und Lokomotivführer, in bürgerlichen Gewerkschaften organisiert, sind in den Kampf gegangen, um aus drückender Not sich und ihre hungernden Familien zu befreien. Sie stoßen nicht nur auf die Schranken des eigenen zerrütteten Betriebes, der im Rahmen des kapitalistischen Staates auf ihre Kosten „wirtschaftlich“ gemacht werden soll. Sie stoßen, indem sie sich gegen ihren Hungertod wehren, auf die Schranken des kapitalistischen Staates selbst.

Der kapitalistische Staat, das Machtmittel in den Händen der Bourgeoisie, wendet sich gegen die Eisenbahner, weil die Bourgeoisie nur noch existieren kann, wenn Rathenau nach außen und Sinnes nach innen die Ebert-Republik regiert. Rathenau als Außenminister, Sinnes als Diktator im Inneren: das ist die Erfüllung der Reparationen, das ist der kapitalistische Wiederaufbau auf dem Wege, auf dem jedes unter der Herrschaft des Kapitals nur noch möglich ist, auf dem Wege der Hinopferung des Proletariats, der breiten Schichten des Mittelstandes in Elend und Hunger. Darum ist der Kampf der Eisenbahner um bescheidene Lohnzulagen und Wirtschaftsbeteiligungen, wenn auch noch nicht Bewußtsein der Kampfenden, so doch objektiv eine Auflehnung gegen das Rathenau-Wirth-Programm, auf dem die Ebert-Republik ruht. Er ist eine Auflehnung gegen das schmachvolle Strukturkompromiß der SPD, das die Lebensnotwendigkeit aller Arbeitenden Deutschlands preisgibt. Er ist eine Auflehnung gegen die Hilferding'sche Erfüllungspolitik, die die Voraussetzung und Ursache des Strukturkompromisses ist.

Darum antwortet der bürgerliche Staat, der im Abwehrstreik der Eisenbahner gegen ihre weitere Verelendung die Grundlage seiner Politik verneint steht, notwendig mit politischen Mitteln auf die gewerkschaftliche Aktion. Er geht zum Angriff über, um ein für alle Male die aufbegehrenden Arbeiter und Beamten niederzuknüppeln und freie Bahn zu machen für die schrankenlose Sinnes-Herrschaft.

Der gewerkschaftliche Kampf der Eisenbahner ist unmittelbar umgeschlagen in eine große politische Angriffsbewegung der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Das Bürgertum scharrt sich zusammen gegen die Arbeitenden. Der Reichstag ist verlagert, um der Exekutive freie Hand zu lassen. Die Presse heizt zur Pogromstimmung gegen die Streikenden. Die wirkliche Schmutzarbeit über machen, wie stets, wenn die Bourgeoisie zum entscheidenden Angriff auf die Arbeiter rüstet, die Sozialdemokraten.

Der Reichspräsident Frey Ebert, indem er mit einem Forderstreich den Beamten das Streikrecht nimmt, beseitigt damit das Koalitionsrecht des deutschen Proletariats. Der Präsident der Novemberrevolution, hebt das Streikrecht der Beamten auf. Der Berliner Polizeipräsident Richter, organisierter Metallarbeiter, indem er die Massen der streikenden Gewerkschaft beschlagnahmt, gibt die mühselig gesammelten Gelder aller Gewerkschaften der Kaufleute der Bourgeoisie preis. Der sozialdemokratische Kettenhund vor den Klassenstrahlen des Schwerekapitals führt nach bewährter Methode amerikanischer Traskapitane den Anzug des Bürgertums gegen den Arbeitsfonds der Proletarier an.

Beiden gefellen sich die sozialdemokratischen Minister im Reichskabinett die die brutalen Gewalttaten des Herrn Groener gegen die kämpfenden Eisenbahner unterstützen und aufheuern.

Der „Vorwärts“ brüllt Befall: schlimmer als der schärfste Scharschützer begrüßt er die Ausnahmeverordnung jenes Frey Ebert. „Die Volkswirtschaften sind bedroht“: für die Rumpelkammer „Vorwärts“-Bente ist der Kampf der Proletarier gegen den Hunger bereits identisch mit bedrohten Volkswirtschaften.

Die „Freiheit“ der Unabhängigen jammert um Frieden. Wo die Bourgeoisie zum Kampfe ruft und kreischt, hofft sie immer noch auf Verständigung und belagert das ungeschickte Borgehen der Streikenden.

Für die Proletarier, die proletarisierten Beamten, ist es in diesem Augenblick des Generalangriffs der Bourgeoisie gegen das Koalitionsrecht, gegen die Gewerkschaften und

eines Kampfs, nicht Jammer um Frieden. Die Eisenbahner, die in den Kampf getreten, sind die Preisrichter der Arbeiterschaft ganz Deutschlands. Um sie müssen sich in vollster Solidarität alle Werktätigen in Stadt und Land sammeln. Nicht der Streik der Eisenbahner, der brutale Angriff der Bourgeoisie bedroht das Leben der breiten Massen Deutschlands. Darum genügt es nicht, wenn der deutsche Eisenbahnerverband nur beschreiben gegen das Streikverbot Fritz Ebert protestiert, und im übrigen die Eisenbahner ihrem Schicksal überlässt. Er muß sich mit der ganzen Macht seiner Gewerkschaft stellen mit dem Ziel der umgehenden Aufhebung des Ausnahmezustandes gegen die streikenden Eisenbahner, der Sicherung des Streikrechts aller Arbeiter und Beamten, der Erfüllung der Lohnforderungen, um die der Streik begonnen wurde.

Es gibt kein Ausweichen mehr. Alle Gewerkschaften, die politischen Parteien des Proletariats sind durch den Vorstoß der Ebert-Republik gegen das Streikrecht bedroht. Überall müssen die Arbeiter in den Gewerkschaften, in den Parteien, in den Betrieben verlangen, daß die Macht des ganzen Proletariats sich auf die Seite der Streikenden stellt. Die Generale der kommunistischen Partei hat den Weg gewiesen, der zu gehen ist. Sie hat sich an den ADGB, an die beiden sozialdemokratischen Parteien mit der Forderung gewandt, sofort alle Schritte zu unternehmen, um die Ausnahmeverordnung Eberts zu beseitigen. Der Massenstreik der Arbeiter und Beamten in ganz Deutschland muß diesen Schritt der kommunistischen Partei unterstützen und die heute noch widerstrebenden Führer der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien zwingen, sich ihrem Willen zu fügen. Es gilt Kampf und Sieg.

Politische Uebersicht.

Der enthaltene Stimmes und die Eisenbahn.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel ihres Londoner Korrespondenten, der zum ersten Mal einwandfrei bestätigt, was Herr Stimmes bei seiner vielbesprochenen Londoner Reise beabsichtigte. Herr Stimmes überraschte die englische Regierung mit folgendem Vorschlag: Herr Stimmes und seine Freunde übernehmen die deutschen Bahnen vom Reich in ihren Privatbesitz und London wird aufgefordert, gegen Verpfändung dieser Bahn dem Deutschen Reich die am 15. Januar fehlenden 500 Millionen Goldmark zur Verfügung zu stellen. Das Urteil, das wir stets über die Stimmesprojekte abgegeben haben, bestätigt sich also vollkommen. Auf dem Umweg über London wollte Herr Stimmes die deutschen Eisenbahnen in seine Gewalt bekommen.

Herr Stimmes hat zwar im ersten Anlauf sein Ziel nicht erreicht. Aber befindet sich auf dem Wege dahin. Um die Stimmisierung der deutschen Bahnen zu vollenden, müssen erst einmal die Eisenbahnarbeiter und Beamten wiedergewonnen werden. Die Ebert-Verordnung gegen das Streikrecht der Eisenbahner ist für Stimmes erlassen. Die Eisenbahner, die sich gegen diese Vergewaltigung zur Wehr setzen, kämpfen zugleich gegen Stimmes, und die übrigen Arbeiter, die sich mit den Eisenbahnern in dieser ersten Stunde solidarisch erklären, kämpfen ebenfalls um ihre Existenz gegen Stimmes und die Stimmeskoalition.

Hungerstreik in Marburg.

Die politischen Gefangenen im Marburger Gefängnis richten an die Gewerkschaften einen Hilferuf. In ihrem Aufreiß schildern sie die schweren Verhältnisse, unter denen sie im Marburger Gefängnis zu leben haben. Die Not ist ungenießbar, der Aufenthalt in den Gefängniszellen ist unerträglich, die Besuchserlaubnis ist derartig beschränkt, daß die Besuche unmöglich sind. Außer den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ und anderen bürgerlichen Blättern sind den Gefangenen alle Zeitungen verboten. Die Gefangenen sind bereit, mit Herrn von Jagow, welcher auch „nur“ Jesuitenhof hat, zu tauschen. — Die Marburger politischen Gefangenen stellen den Behörden eine bis zum 1. Februar befristete Forderung auf sofortige Entlassung, um ihre Familien vor dem wirtschaftlichen Untergang zu retten.

Neue sozialdemokratische Stimmen gegen das Steuerkompromiß.

Die Kreisversammlung der SPD in Koblenz nahm eine Entschloßung an, in der sie sich mit dem Abschluß des Steuerkompromisses nicht befriedigt erklärt, da es eine unvollständige Befreiung der breiten Volksschichten bedeutet. Die Kreisversammlung war einmütig der Auffassung, daß die Erlassung der Steuerwerte nach wie vor gescheitert werden muß, und sprach die Hoffnung aus, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den einmal bedenkten Weg weitergeht.

Ausnahmegesetz in der Schweiz.

Der Schweizer Nationalrat hat mit 107 gegen 34 Stimmen den Verzicht auf die Revision des Bundesgesetzes anerkennen, durch welches nicht nur die Verletzung von Urteilen, welche die Souveränität des Staates betreffen, sondern auch die Vorbereitung derselben bestraft wird. Gegen die Vorlage stimmten die Sozialisten und die Kommunisten. Der Entwurf behält nach der Beschleunigung durch den Nationalrat.

Der Jahresbericht der kapitalistischen Wirtschaft über die Ursache dieses Wirtschaftskrisis. Die demotivierten kapitalistischen Regierungen wissen durch ihre Politik nicht nur, sondern vor allen Dingen die Kommunisten zu Parteien werden. Hoffentlich wird die Volkspartei dieses Jahres abgelehnt.

Die unzufriedene Regierung.

Der Reichstag hat bei der Verhandlung mit der Eisenbahngewerkschaft über den Ausnahmezustand erklärt, daß die Regierung auf keinen Fall nachgeben werde. Er hat sich auf keinen Fall nachgeben werden. Herr Bahr sagt damit klar und deutlich, daß die Regierung als Vertreterin des kapitalistischen Systems am Ende

ihres Latens ist, daß es unmöglich ist, die weltwirtschaftliche Krise mit kapitalistischen Heilmethoden zu beseitigen.

Wenn die kapitalistische Regierung nicht nach Genua gehen und den Eisenbahnbeamten die berechtigten Forderungen erfüllen kann, dann wird dadurch bewiesen, daß die Wirtsh-Regierung einer Arbeiterregierung Platz zu machen hat.

Revolutionäre Bewegung.

Die Revolution in Indien.

Die neuesten Meldungen aus London lassen erkennen, daß die revolutionäre Welle in Indien in ständigem Steigen begriffen ist. Zwar ist es der englischen Regierung gelungen, durch ein riesiges Militäraufgebot und mehrfache Gewaltmaßnahmen die Woggen niederzuschlagen. Aber Duzende neuer Kämpfer haben sich gebildet. In Kalkutta kam es zu einem Zusammenstoß zwischen 4000 Fabrikarbeitern und der Polizei. Zwei Arbeiter wurden getötet und 40 verwundet. Versammlungen unter freiem Himmel sind überall im Lande untersagt. Aber ohne Rücksicht auf dieses Verbot finden allenthalben in Indien öffentliche Massendemonstrationen statt. In vielen Gegenden werden die Indes ins Gefängnis geschleppt, dort gepeinigt und gefoltert. Aber dessemungeachtet wird die Organisation der nationalen Freiwilligen immer weiter ausgebaut. In vielen Gegenden zählt die Bevölkerung keine Steuern mehr. Die Regierung läßt die Grundstücke der Bauern, welche die Steuern verweigern, verkaufen, kann damit aber die Bewegung nicht erlöchen. Indische Arbeiter in Stadt und Land weigern sich, für englische zu arbeiten. Es mehren sich die Fälle, in denen vereinzelte Europäer von den Massen erschlagen werden. Selbst ein so rücksichtsloser Vertreter der englischen Weltmacht, wie Lord Northcliffe, der kürzlich in Indien weilte, war bestürzt über die dortige Entwicklung. Er fandte der „Times“ Marmartikel, in denen er zum schleunigen Handeln mahnt. Die Parole des passiven Widerstandes, die Gandhi ausgibt, wird vielfach von den Massen durchbrochen, die sich mit allen Mitteln gegen Militär und Polizei zur Wehr setzen. In Kalkutta usw. kam es in den letzten Tagen zu direkten Straßenschlachten.

Wahlen zum Moskauer Sowjet.

Moskau. (Inlet.) Am 23. Januar begannen die Neuwahlen zum Moskauer Sowjet. Von den bisher Gewählten gehören 367 der kommunistischen Partei an, 32 sind Parteiloze, die von den kommunistischen „Zellen“ aufgestellt wurden. Die kommunistischen Führer, Lenin, Trotski, Kollin, Kamenev u. a., wurden wiedergewählt. Die anderen Parteien, Menschewiki und Sozialrevolutionäre, scheinen diesmal noch weniger Kandidaten durchkommen zu haben als bei den früheren Wahlen. Bemerkenswert ist, daß von einzelnen Betrieben Marty und Badina, die Führer der aufständischen Matrosen vom Schwarzen Meer, die in Frankreich zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt sind, zu ihren Delegierten im Moskauer Sowjet gewählt worden sind. Die betriebsweise Betriebe haben sich an Lichitschew mit der Bitte gewandt, Marty und Badina von ihrer Wahl zu benachrichtigen und die französische Regierung zu eruchen, den beiden Gelegenheit zu geben, von ihren Rechten als Mitglieder des Moskauer Sowjets Gebrauch zu machen.

Schlesische Rundschau.

Wie die Junker des Landbundes sich vor dem Steuerzahlen drücken.

Es ist eine Tatsache, daß die Junker es stets verstanden haben, sich vor dem Steuerzahlen zu drücken. Nach dem der Reichslandbund unter Führung der Junker die kleinen Bauern eingekerkert hat, schlossen nun die Junker mit der Finanzämtern Abkommen, oder machten Vorschläge, die durchgeführt wurden, über die Besteuerung der landwirtschaftlichen Betriebe. Diese Vorschläge sind ein klassisches Beispiel für die Steuerdrückeberger. So hat man jetzt im Kreise Breslau folgenden Modus gefunden, um die Steuern zu erreichen:

Bei einem Besitz von 40 Morgen soll ein Einkommenswert von 800 M. pro Morgen gerechnet werden, 40 bis 100 Morgen pro Morgen 600 M., 100 bis 400 Morgen pro Morgen 400 M., über 400 soll eine Pauschalsumme bezahlt werden, die die Durchführung der Junker ergibt.

Diese Herrschaften werden es verstehen, ihre Buchführung so einzurichten, daß sie so gut wie keine Steuern zu zahlen haben. Die Kleinbauern müssen darum mit den Arbeitern Schulter an Schulter kämpfen gegen die Junker, um die vollständige Entzignung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten.

Die Forderung der Erfassung der Sachwerte muß die Landarbeiter, Kleinbauern und Industriearbeiter zusammenführen zum gemeinsamen Kampf.

Die Kleinbauern müssen unter allen Umständen diesen bewährten Landbauern, die sie verraten, den Rücken kehren und sich sammeln in kleinbäuerlichen Organisationen, die sie selber verwalten und führen, diese werden dann die Unterstützung des gesamten Proletariats finden.

Die Bergleute in Steinitz.

Die Bergleute sind lang weichen, ist es am 31. Januar in Steinitz zu einer großen Schlichtung zwischen den Bergleuten und den Bergwerksbesitzern gekommen. Die Bergleute haben sich verpflichtet, die Arbeit zu übernehmen, die sie in der Petersburger Grube besorgen. Die Bergleute sind bereit, die Arbeit zu übernehmen, die sie in der Petersburger Grube besorgen. Die Bergleute sind bereit, die Arbeit zu übernehmen, die sie in der Petersburger Grube besorgen.

Die Bergleute sind bereit, die Arbeit zu übernehmen, die sie in der Petersburger Grube besorgen. Die Bergleute sind bereit, die Arbeit zu übernehmen, die sie in der Petersburger Grube besorgen. Die Bergleute sind bereit, die Arbeit zu übernehmen, die sie in der Petersburger Grube besorgen.

Die Bergleute sind bereit, die Arbeit zu übernehmen, die sie in der Petersburger Grube besorgen. Die Bergleute sind bereit, die Arbeit zu übernehmen, die sie in der Petersburger Grube besorgen. Die Bergleute sind bereit, die Arbeit zu übernehmen, die sie in der Petersburger Grube besorgen.

davon sind wir überzeugt. Sie wird so tun, als wenn sie die Diefen Vorhaben nicht sein Haar getrimmt in der deutschen Republik, sie können ruhig ihr Handwerk weiterreiben — bis die Arbeiterschaft mit diesem Mordgesindel aufräumt. Aus den offiziellen Meldungen ersehen wir, wie neben der ultraliberalen Presse sich die Regierung geflüstert bemüht, die Arbeiter Schlichter und deren Folgen als möglichst harmlos hinzustellen. Wegzuleugnen ist aber nicht, daß die Franzosen eine große Anzahl tote und Verwundete zu verzeichnen haben, daß der Belagerungszustand über Steinitz verhängt wurde, daß die Franzosen unter allen Umständen Genugtuung fordern werden und daß die Allgemeinheit den Schaden, den diese Orgesch-Mordbanditen angerichtet haben, bezahlen muß.

Es ist deshalb aufs nachdrücklichste zu fordern, daß die Arbeiterschaft ein weitgehendes Kontrollrecht bei Waffen- und Munitionsbeschaffungen (beschaffte Waffen und Munition werden in der Regel wieder verschoben) eingeräumt wird und daß, ebenfalls unter Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft, gegen die Leiter dieser Orgeschorganisationen und deren Arbeitgeber, vorgegangen wird. Die Arbeiterschaft muß das von ihren Organisationen fordern, sonst wird ihre Sammelkraft einmal genau solche Folgen haben wie in Steinitz.

Aus den Betrieben.



Die Not der Unfallverletzten.

Ein Arbeitsinvalide schreibt uns: Die „Breslauer Volkswacht“, das von Arbeitergroßen begründete und ausgehaltene Organ der „freien Bürger“ (wie es sich selbst bezeichnet), hielt es dieser Tage für notwendig, gegen die „Vetteile“ der Kriegsverletzten und Invaliden im Soldatenrot loszusprechen. Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ hat sehr richtig gegen diese infame Schreibweise der „Volkswacht“ polemisiert und auf die allgemeine Notlage der Kriegsverletzten hingewiesen. Meine Zeilen sollen dazu dienen, auf eine Kategorie von Proletariern aufmerksam zu machen, denen es fast noch schlechter ergeht, als den ebenfalls bedauernswerten Kriegsgenossen. Es sind die Opfer der Arbeit, die Unfallverletzten. Welches Elend unter den Arbeitsinvaliden herrscht, ist noch viel zu wenig bekannt. Mein Schicksal ist bezeichnend genug dafür.

Vor längerer Zeit erlitt ich einen Unfall im Betriebe. Mir wurde der Fuß gequetscht. Es machte sich eine Operation notwendig, bei der verschiedene Knochen aus dem Fuß entfernt wurden. Die Folge ist, daß ich jetzt weder schwere Arbeit verrichten, noch längere Zeit stehen oder laufen kann. Ich kann also nur eine leichte Beschäftigung verrichten. Selbstverständlich ist auch die Bezahlung dementsprechend geringer als bei gesunden Menschen. Aber in Deutschland bestehen ja soziale Einrichtungen, da gibt es Unfall- und Invaliditätsversicherung, es ist also für alle Fälle vorgesorgt. Wie das in der Praxis aussieht, erfahre ich jetzt an eigenem Leibe. Für diesen Unfall erhalte ich vierteljährlich 12 Mark Unfallrente das sind pro Tag 13 Pfennige. Es wäre zwecklos, wenn ich ein breites und langes darüber schreiben wollte, daß diese 13 Pf. täglich eine Lappalie sind, daß diese 13 Pfennige bei der Teuerung soviel wie gar nichts sind. Wie eine Verhöhnung erscheint einem das. Und meine Berufung wegen dieser niedrigen Rente wurde mit einem Hinweis auf die allgemeinen Bestimmungen abgewiesen.

Nun frage ich einen Menschen, was soll ein Invalide tun? Mir ist es gelungen, eine kleine Beschäftigung zu finden — und ich schlage mich höchst kümmerlich durchs Leben. Was aber sollen die vielen Opfer des Kapitalismus und Imperialismus, die Arbeitsinvaliden und Kriegsverletzten, die keine Erbsen finden — und deren gibt es eine große, sehr große Zahl — tun? Sollen sie verhungern, oder betteln, oder einbrechen? Nach der „Volkswacht“ jedenfalls verhungern, denn sie entkräftet sich moralisch über die Bettler und Einbrecher.

Keinen Leidensgefährten im Soldatenrot und in der Arbeitslose sei gesagt, Euer Schicksal liegt in Eurer Hand. Solange Ihr gewillt seid, dieses erbärmliche Leben zu tragen, solange werdet Ihr es tragen müssen. Reißt Euch ein in die Kampfereiche des Massenbewussten Proletariats, schließt Euch der kommunistischen Partei an und kämpft um Beseitigung dieses schuldigen kapitalistischen Systems, das Euch zu Krüppeln macht und dann langsam verhungern läßt, schmeißt aber auch die Blätter, die nur Spohn für Euch übrig haben, hinaus und leßt das Blatt, das sich für Euch einsetzt, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.

Der größte Unmut im ganzen Land . . .

Ein Bergarbeiter aus Gottesberg schreibt uns: Auf dem Heidschacht, 7. Abteilung, gibt es fonderbare Strafbestimmungen und Vorschriften. Leute, die geistig etwas zurückgeblieben sind, büßen ihre Abteilungsstellen schikanieren und demütigen. Man muß den Schluß ziehen, daß diese Leute durch ihre Demütigungen keine Röhren ergattern wollen und auch erhalten, zum Schaden der Arbeiterschaft. Dann wird jeder zur Bestrafung gemeldet, der so einem Kerlen nicht in den Kram paßt. Wie könnte es sonst vorkommen, daß Leute mit 20 Mark und mehr bestraft werden? Die Gründe zu diesem Demütigungsentwurf sind so fabelhaft, daß direkt herausgehört wird, der Bergarbeiter Raubach sucht sich anzuschließen höheren Orts. Jeder ehrliche Arbeiter wird nur ein Pfund für solche Handlungsweise übrig haben. Sache der Betriebsräte ist es, hier mit etwas zum Rechten zu setzen. Man muß sich immer vor Augen halten, daß einen Familienvater die Strafen am härtesten treffen.

Diese Strafbestimmungen müssen unter allen Umständen beseitigt werden, dafür müssen die Betriebsräte mit Raubach eintritten. Die Belegschaft wird hinter ihnen stehen. Und dem Demütigten muß das Handwert gelegt werden. M.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lage des Eisenbahnbeamtenstreiks.

Bei der Streikleitung des R. D. E. wird uns geschrieben: Der Streik geht unverändert in voller Schärfe weiter, alle Nachrichten in der kapitalistischen Presse, daß derselbe zusammengebrochen ist, abschlagen ist, beruhen auf Unwissenheit und sind nur dazu in die Welt gesetzt, den Streikenden Sorge zu machen. Das Streik gilt von den Abteilungen des Reichsbahnbauwerks, welches einer großen Zahl der streikenden Beamten zugehört werden ist.

Die Forderung, daß die Eisenbahndirektion wegen Unkenntnis oder Verhöhnung seinerzeit entlassene Beamte zu Dienstleistungen herangezogen hat in der gesamten Beamtenchaft große Empörung hervorgerufen. Wie aus Richtigem gemeldet wird, sind dort auch ungenügende Behandlung der Maschinen durch Jaggen und Betrüger auf Lokomotiven vollständig ungenügend gefahren und betriebsmäßig geworden und eine wegen Mangel

mangel im Kessel zur Explosion gebracht, indem die Feuerlöcher dieser Maschine zum Blitzen gekommen sein muß, da sie durch die Gewalt des Dampfdruckes Ausbeulungen erhalten hat und aufgerissen ist. Alle sechs Lokomotiven, die einen sehr großen Wert repräsentieren, eine einzige kostet annähernd zwei Millionen, mußten aus dem Betriebe zurückgezogen und der Werkstatt übergeben werden. Auf dem Bahnhof Diegitz ist einer dieser Esjaplokomotivführer, die jetzt Streikbrecherdienste leisten, mit einer Selbstmordtomben und zwei D-Jugwagen in so unbedeutender Weise umhergefahren, daß derselbe einen Prestige nicht beachtete, auf diesen so schief auf, daß die Lokomotive und beide Wagen fast vollständig demoliert wurden.

Aus dem Streiklager erhalten wir folgende Mitteilung: Zu dem letzten 24 Stunden ging der Betrieb noch in sehr beschränktem Umfang vor sich, weil einige Disziplinar außerhals des Betriebs verhaftet und infolge Spernung der Streikteilnehmer Aufklärung erst durch nach dort ausstehende Kurieren möglich war. Die Aufklärung hat eine völlige Stilllegung des Betriebes herbeigeführt, ausschließlich in Breslau Haupt- und Oberbahnhöfen, weil, da in Oberschlesien im besetzten Gebiet nicht gestreikt wird, die dortigen Beamten die Hilfe aus dem Eisenbahnbetriebsbezirk Katowitz nach Breslau gebracht haben. Betont sei noch, und wie durch eingetroffene Kurieren bestätigt wird, haben sich in den letzten Stunden auf verschiedenen Bahnhöfen außer dem Lokomotiv- und Buggerpersonal eine große Anzahl Beamte des Stations- und Bahndienstes dem Streik angeschlossen.

Um den Kampf auch finanziell sicherzustellen, haben die Postbeamten beschlossen, der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten pro Streiktag 60 000 Mark zur Verfügung zu stellen, und die Justizbeamten haben 15 000 Mark gestiftet.

Die von der Eisenbahndirektion ausgesprochenen Androhungungen haben auf die streikende Beamtenschaft keinerlei Eindruck gemacht, im Gegenteil, die Lust zum Streik wächst. Die Androhungungen des Eisenbahnpräsidenten, daß zur Erleichterung und Aufrechterhaltung des Betriebes als Lokomotivführer Mitarbeiter und ungelernete Lokomotivführer fahren können, ist abgelehnt worden. Die Stimmung unter den Streikenden ist als sehr gut anzusehen. Verhaftete Beamte sind ungeschieden wieder freigelassen worden. Die in Breslau stattgefundenen Versammlungen am Sonntag waren schon lange vor Eröffnung überfüllt. Die Haltung und Ausführungen der Redner waren äußerst besonnen und zielklar. Betont wurde, daß der Aufbruch der Spitzenorganisationen zur Aufnahme der Arbeit so lange nicht zu beachten ist, bis der Hauptvorstand die Weisung zur Aufnahme der Arbeit erteilt. Die Aufnahme von Verhandlungen kann der streikenden Beamtenschaft nicht genügen, wenn nicht gleichzeitig der Streikerlaß des Reichspräsidenten aufgehoben wird.

In den Versammlungen, die am Montag in überfüllten Lokalen stattfanden, nahm man nachstehende Entschlüsse an: Die in mehreren Städten verammelten Beamten der Reichsgewerkschaft aus der Breslauer Ortsgruppe beteuern die schweren Folgen, die der gerechte Kampf der Reichsgewerkschaft der Bevölkerung auferlegt. Die Verantwortung für das weitere Vorgehen der Bewegung und die daraus resultierenden Folgen treffen einzig und allein diejenigen Stellen, welche es unterlassen haben, Verhandlungen mit den Führern der Reichsgewerkschaft anzuknüpfen. Die Mitglieder stehen nach wie vor geschlossen hinter ihren Führern.

Am Schluß der Stungen kam zur Sprache, daß sich nach Preßnotizen, außer Baden, welches sich am Sonntag dem Streik noch angeschlossen hat, 300 000 Beamte dem Streik angeschlossen haben. In Wirklichkeit ist die Zahl eine weit höhere.

Die Handwerkerversammlung in Langenbielau zum Streikabbruch.

Die Unduldsamkeit der Gewerkschaftsbeamten kam in einer allgemeinen Handwerkerversammlung, die sich mit dem Ergebnis der Lohnverhandlung beschäftigte, so recht zum Ausdruck. Nicht nur daß sie die Versammlung sprengten, weil einige nichtausgesprochene Textilarbeiter im Saale anwesend waren; sie verstanden es mit allen gemieteten demagogischen Mitteln eine Resolution zu unterschlagen, die klar und präzis von allen Gewerkschaften den Kampf um die 10 Forderungen des ADGB verlangte.

Die „Erfolge“ der Textilarbeiterausperrung sind auch für die beteiligten Handwerker sehr gering. Ihre Löhne sind meist bedeutend geringer als die ihrer Kollegen in kleinen Branchenunternehmen.

Die Handwerker werden mit aller Kraft danach streben, bei Kämpfen in Zukunft von vornherein eine klare Stellung einzunehmen. Die Haltung ihrer Bürokraten während und nach dem Streik zwingt sie dazu.

Durch die Verweigerung jeglicher Nothstandsarbeit, wozu die Arbeiter durch das brutale Verhalten der Unternehmer

gezwungen waren, sind große Schäden an den Kessel- und Heizanlagen zu verzeichnen.

Bei der Firma Manthe sind durch eine Kesselexplosion zwei Arbeiter schwer verletzt.

Die Kapitalisten, die in ihrer Profitsucht die Produktionsmittel verfallen lassen, haben auch diese Unglücksfälle auf dem Gewissen. Da diese Subjekte aber kein Gewissen haben, müssen sie und ihr Einfluß von den Arbeitern restlos beseitigt werden. Trotz der Niederlage mögen die Arbeiter erkennen, daß auch diese Zeit kommt.

Die Slegnitzer Angestellten im Streik.

Die gesamte Slegnitzer Angestellten der Industrie und Handel befindet sich im Streik. Nach einem Schiedspruch ist für Januar eine ganz geringfügige Gehaltsaufbesserung zugesprochen. Im Februar sollen 16%, und für März weitere 7% Zulage gewährt werden. In einer von allen Verbänden einberufenen Versammlung wurde dieses großmütige Angebot fast einstimmig abgelehnt.

Durch diese Ablehnung ist Tatsache geworden, was man bisher für unmöglich hielt: die gesamten Angestellten traten in den Streik. Es hat sich eben auch bei den Angestellten die Erkenntnis durchgesetzt, daß dem brutalen Unternehmer nur der geschlossene Wille der Angestellten etwas abringen kann.

Als Folge des Streiks haben mehrere große Firmen die gesamte Arbeiterkraft ausgesperrt.

Die Landesversicherungsanstalt als Arbeitgeberin.

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Breslau, schreibt uns: Die Landesversicherungsanstalt Schlesien hat abermals, nachdem sie erst am 31. Dezember 1921 13 Zivildienstangehörige (frühere stellungslose Kaufleute) mit vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Uebergangsgebühren entlassen hat, neue Androhungungen für 1. April 1922 ausgesprochen. Es sind dies 4 Lohnangestellte höherer und 4 niedriger Ordnung, darunter auch Betriebsratsmitglieder. Die Entlassung erfolgt deshalb, um Militär- und Zivilangestellte einstellen zu können. Also eine Vermehrung des Beamtenapparates, und dies zu einer Zeit, wo Deutschland seinen laufenden Etat kaum zu decken in der Lage ist.

Während man auf der einen Seite Familienväter entläßt — dies ist bei den Betroffenen zum weitaus größten Teil der Fall — beschäftigt man auf der anderen Seite junge unverschuldeten Tamen, zum Teil auch die Töchter gutgestellter Beamter. Jede Mitwirkung des Betriebsrates lehnte der Vorstand glatt ab! Mit Recht wiesen die erschienenen Gewerkschaftsvertreter in der am 2. Februar 1922 im Gewerkschaftssaal stattgefundenen Versammlung der Betroffenen auf dieses ungeschickliche und jeden Rechtsempfinden höhinsprechende Vorgehen der Landesversicherungsanstalt hin. Sie versprachen auf Eruchen der Versammelten, kein Mittel unversucht zu lassen, die Androhungungen abzuwehren. Die rege Aussprache gipfelte in der einstimmigen Annahme folgender Resolution:

Die heute versammelten Gesandten der Landesversicherungsanstalt Schlesien erheben energischen Protest gegen die durch nichts gerechtfertigten Entlassungen. Sie eruchen den Betriebsrat, sowie die Gewerkschaften mit allen gesetzlichen Mitteln die Entlassungen abzuwehren und ferner auch die Öffentlichkeit auf dieses Vorgehen aufmerksam zu machen. Die Entlassungen bedeuten nicht nur einen großen Verlust gegen das Recht der Reichsregierung, sie sind auch ein Raubzug auf die Taschen der Steuerzahler, da durch die zu zahlenden Uebergangsgebühren die öffentlichen Mittel in Anspruch genommen werden. Ferner verlangen die Angestellten vom dreihundertwanzigsten Ausschuh des Reichstages, daß ihnen nach wie vor der Schutz des Verordnungsgebotes zuteil wird, und auf keinen Fall die Bestimmungen des Beamtenverordnungsgebotes auch auf die Angestellten der Sozialversicherungsanstalt angewendet wird.

Was wollen wir Ausgeschlossenen?

Fritz Sedert.

Wenn man den „Grundstein“, das Verbandsorgan des Bauarbeiter-Verbandes, zur Information über die Bestrebungen der aus dem Bauarbeiter-Verband Ausgeschlossenen benutzt oder wenn man gar das zweifelhafte Vergnügen hat, die Kollegen Baeplov und Töpfer in den Versammlungen ihr Sprichwort über die Ausgeschlossenen machen zu hören, dann kann man, wenn man sonst auf keine anderen Quellen sich stützen kann, zu der Meinung kommen, die „wegen kommunistischer Untriebe“ Ausgeschlossenen seien wirklich ein „Auswurf von Hösheit und Lüge“, die es darauf angelegt haben, die stolze Organisation der Bauarbeiter systematisch zu ruinieren. Damit die Ausgeschlossenen in diesem Geruch bleiben, hat der Hauptvorstand sorgfältig angeordnet, daß „wegen kommunistischer Untriebe“ Ausgeschlossener unter allen Umständen von den Mitgliedern fernzuhalten sind. Ja, es wurde denjenigen, die

mit den Ausgeschlossenen oder ihren Ideen sympathisieren, angedroht, daß man sie gleichfalls aus der Organisation entfernen werde. Und damit das nicht als eine leere Drohung erachtet wurde, diese Ausschließungspraxis im weitesten Umfange geübt wurden die Ausgeschlossenen wirklich nur ein Interesse an der Schädigung der Organisation haben und eine „Bande aus geschlossener Kalmiten“ sein, wie das die Baeplov, Töpfer und Gellinger hingustellen belieben, dann können sie sich mit dem Ausschluß aus der Bauarbeiterorganisation ohne Weiteres abfinden. Denn was sollte ein solcher Ausgeschlossener für ein Interesse haben, Mitglied in einer Organisation zu sein, die er im Grunde haßt? So einfach wie die Verbandsbühnen ihre Stellung gegenüber den Ausgeschlossenen erklären, so einfach können aber die Mitglieder der Organisation sich von den Ausgeschlossenen nicht trennen. Die Mitglieder müssen unterfragen, was die Ausgeschlossenen wollen, und ob ihre Ausschließungen ein Verbrechen gegen die Organisation sind, das den Ausschluß rechtfertigt.

Wir Ausgeschlossenen erklären ein für allemal, nie lag uns der Gedanke nahe, durch unsere Stellungnahme zu den Fragen der Arbeiterbewegung die Organisation zu schädigen. Das Vermögen bei allen unseren Handlungen war, der Organisation zu nützen, sie widerstandsfähiger und kampftüchtiger gegen den einen Feind der Arbeiterklasse, das Unternehmertum, zu machen. Wir leben in den Organisationen der Arbeiterklasse Instrumente des Klassenkampfes, Verbindungen, die sich die Arbeiter geschaffen haben, um ihre Interessen gegenüber der bestehenden Klasse besser verteidigen zu können. Wir wissen, daß besonders in der gegenwärtigen Zeit die Arbeiter stark und geschlossene Organisationen dringend notwendig haben, wenn sie auch nur das schon Erzielte gegenüber der Unternehmungsklasse mit Erfolg verteidigen wollen. Jeder Angriff auf die Einheit der Organisation, ja jedes Spielchen mit dem Gedanken, den inneren Zusammenhalt der Organisation aus forderaktischen oder berufspartikularistischen Gründen zu lockern, wird von uns als ein Verbrechen an der Arbeiterklasse betrachtet. Es ist also eine irrtümliche Idee, wenn die Verbandsvorstände erklären, die „wegen kommunistischer Untriebe“ Ausgeschlossenen hätten die Absicht gehabt, die innere Geschlossenheit und Kampffähigkeit der Verbände zu lockern oder zu zerstören. Was wollten wir Ausgeschlossenen?

Die imperialistische Politik der Kapitalisten aller Länder hat zu dem Weltkrieg geführt. In diesem Weltkrieg haben sich Millionen und aber Millionen von Arbeitern gegenseitig getötet. Es wurde den Arbeitern erklärt: Die Interessen der Kapitalisten ihrer Nation seien gleichzeitig Interessen der Arbeiterklasse. Und in diesem Glauben haben die Arbeiter vier Jahre lang zur Erhaltung des Kapitalismus Werte und Menschen ohne Zahl vernichtet. Zu dem Krieges haben die Gewerkschaftsführer den Arbeitern nicht die Widerstände der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufgezeigt und die Arbeiter zum Kampf für ihre eigenen proletarischen Interessen geführt; sie haben im Gegenteil den wahren Inhalt des Krieges verbunkelt und durch den Burgfrieden den kapitalistischen Feinden der Arbeiterklasse die Möglichkeit der Führung einer aller Kultur zerstörenden und die Arbeitertage besonders schädigenden Kriegspolitik gewährt. Die Kriegsfriedenspolitik war die positive Unterstützung des Klassenfeindes. Wegen diese Politik haben die Ausgeschlossenen vom ersten Tage an gekämpft und damit den Haß der Verbandsbürokratie genenkt. Nach dem Zusammenbruch der Kriegspolitik haben die Verbandsvorstände sich nicht vom Burgfrieden mit den Kapitalisten abgewendet, sondern diese Politik durch die Arbeitsgemeinschaft fortgesetzt. In der Arbeitsgemeinschaft wurden die Interessen der Arbeiter untergeordnet den Profitinteressen des Kapitals. Durch die Arbeitsgemeinschaft wurde der Wiederanbau der durch die Kriegspolitik zerstörten Wirtschaft bereitet oder zu mindestens beträchtlich verlangsamt. Die Arbeitsgemeinschaft wurde von den Kapitalisten ausgenutzt, um sich auf Kosten der Arbeiter von den Folgen des Krieges zu retten. Die Ausgeschlossenen werden diesen Zusammenhang zwischen Burgfriedenspolitik und Arbeitsgemeinschaft auf und werden dafür von der Gewerkschaftsbürokratie auf das Bestmögliche verfolgt.

Die Ausgeschlossenen erklären, daß in der gegenwärtigen Periode des Verfalls der Wirtschaftskräfte, hervorgerufen durch die kapitalistische Politik, die Arbeiter einen energischen Kampf gegen den Kapitalismus führen müssen. Die Führung eines solchen Kampfes bedeutet aber fürs erste Aufgabe der Arbeitsgemeinschafts-Ökologie und Austritt von der Arbeitsgemeinschaft. Zweitens, gründliche Vorbereitung und Aufnahme des direkten Kampfes gegen die Bestrebungen der Unternehmer und die Einrichtungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Ein solcher Kampf kann nicht geführt werden in der Arbeitsgemeinschaft und losgelöst von der Klasse durch einzelne Bürokraten am Verhandlungstisch. Er kann nur Aussicht haben auf Erfolg, wenn er geführt wird von der Klasse selbst. Diesen Kampf der Klasse stellen wir Ausgeschlossenen uns nicht vor als den unorganisierten, ungeklärten, wilden Kampf aufgeregter Elemente, sondern als die organisierte bewußte Tat der kampftüchtigen Arbeiterschaft. Wir Ausgeschlossenen sind darum für die Vereinhaltung

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Adolf Heß.

19) Dann trocknete er kräftig und sorgfältig seine Hände ab und meinte:

„Mama, wenn du ihnen zeigst, daß du bange bist, werden sie stutzig, — sagen sich, in diesem Hause muß etwas sein, wenn sie solche Angst hat. Wir haben aber noch nichts verbrochen... gar nichts! Du weißt doch: Wir wollen nichts Schlechtes, die Wahrheit ist auf unserer Seite, und wir werden unser ganzes Leben lang für sie kämpfen — das ist unsere ganze Schuld! Was brauchen wir uns also zu fürchten?“

„Ich will mich zusammennehmen, Pawluschka“, versprach sie. Und dann entrang sich ihr der traurige Ausruf:

„Wenn sie doch bald kommen möchten!“

Sie kamen aber nicht in dieser Nacht und am nächsten Morgen begann die Mutter, um etwaigen Scherzen über ihre Angst zuvorzukommen, sich selbst zu verspotten.

10.

Die Gendarmen erschienen gerade dann, als man sie nicht erwartete, fast einen Monat nach jener unruhigen Nacht. Nikolai Wissjowschikow saß bei Pawel, und mit Andrej redeten alle drei von ihrer Zeitung. Es war spät gegen Mitternacht. Die Mutter lag schon im Bett und hörte halb im Traum besorgte, leise Stimmen. Jetzt ging Andrej vorsichtig durch die Küche und schloß die Tür leise hinter sich. Im Flur pollerte der Blechschlüssel. Plötzlich wurde die Tür weit geöffnet und der Kleinruß trat in die Küche und flüsternde den anderen laut zu:

„Aufgepaßt, da sitzen Sporen auf der Straße!“

Die Mutter sprang vom Bette auf, griff mit zitternden Händen nach ihrem Kleid, aber da erschien Pawel in der Zimmertür und sagte ruhig:

„Du bleibst liegen... Du bist krank!“

Man hörte verhaltenen Lärm im Flur. Pawel trat zur Tür, rief sie mit der Hand auf und fragte:

„Wer ist da?“

„Enderbar geschwind wand sich eine große, graue Gestalt zur Tür hinein, hinter ihr eine andere. Zwei Gendarmen drängten Pawel zurück, postierten sich an seiner Seite, und eine hohe, spöttische Stimme rief:

„Jemand, den ihr wohl nicht erwartet hattet, he?“

Das sagte ein großer, schlanker, schmachtiger Offizier mit schwarzem, spärlichem Schnurrbart. Neben dem Bett der Mutter erschien der Vorstadtpolizist Fedjakin, legte eine Hand an die Wache, deutete mit der anderen auf das Gesicht der Mutter und sagte mit finsternem Blick:

„Das ist keine Mutter, Herr Hauptmann!“ Dann bewegte er die Hand gegen Pawel und sagte hinzu: „Und das — ist er selbst!“

„Pawel Blawow?“ fragte der Offizier, mit dem Augen zwinternd, und als Pawel schweigend nickte, erklärte er, seinen Schnurrbart drehend:

„Ich muß bei der Hausdurchsichtigung halten... Alle, aufgestanden! Wer ist dort?“ fragte er, ins Zimmer blinzelnd und schritt hastig zur Tür.

„Wie heißen Sie?“ erkundete seine Stimme von dorthin. Aus dem Flur traten zwei Polizeigenossen, der alte Giesler Dwerjatow und sein Mieter, der Heizer Abbin, ein hämmiger, schwarzer Bauer. Er sagte mit tiefer, lauter Stimme:

„Guten Tag, Alkonat!“

Sie kleidete sich an und sagte, um sich Mut zu machen, leise:

„Was ist denn das!... Kommen mitten in der Nacht, wenn die Leute schon schlafen!...“

Es war eng im Zimmer und noch sonderbar nach Stiefelschnee. Zwei Gendarmen und der Postkellner aus der Vorstadt, Abbin, nahmen, mit den Füßen laut trampelnd, die Bücher vom Regal und legten sie auf einem Tisch vor ihrem Vorgefetzten zusammen. Die beiden anderen schritten mit der Hand gegen die Wand, und

unter die Stühle, einer kletterte ungeschickt auf den Dien. Der Kleinruß und Wissjowschikow standen dicht beieinander in der Ecke. Nikolais podennarbiges Gesicht bedeckte sich mit roten Flecken, seine kleinen, grauen Augen blickten unverwandt den Hauptmann an. Der Kleinruß drehte seinen Schnurrbart, und als die Mutter ins Zimmer trat, wickte er ihr freundlich lächelnd zu.

Sie bemühte sich, ihre Furcht zu unterdrücken und bewegte sich nicht seitwärts wie sonst, sondern geradeaus, mit der Brust vorwärts — das gab ihrer Gestalt einen kontischen, wichtiguerischen Anstrich. Sie trat fest auf, und ihre Frauen zitterten...

Der Offizier ergriff mit seinen zarten weißen Fingern schnell die Bücher, blätterte sie durch, schüttelte sie und schlenderte sie mit einer geschickten Handbewegung beiseite. Bisweilen kratzte ein Buch weich auf den Fußboden. Alle schwiegen. Man hörte nur das schwere Schnauben der schweigenden Gendarmen, Sporenklirren und bisweilen die leise Frage:

„Hier schon nachgesehen?“

Die Mutter stand neben Pawel an der Wand, hatte die Hände wie auf der Brust verschränkt und blickte ebenfalls den Offizier an. Ihre Knie zitterten und wegen der Rebel verschleierte ihre Augen.

Plötzlich löste durch das Schweigen Nikolais scharfe Silberr:

„Wozu ist das nötig — die Bücher auf die Erde zu werfen?“

Die Mutter saß zusammen. Dwerjatow nickte, als hätte ihn jemand in den Rücken gestoßen, und Abbin räusperte sich und blickte Nikolai aufmerksam an.

Der Offizier blinzelte mit den Augen und bohrte ein Sekunde den Blick in das podennarbiges, hunte unbewegliche Gesicht... Seine Finger blätterten die Seiten noch schneller um. Bisweilen riß er seine großen, grauen Augen so weit auf, als sei ihm unerträglich weh an, und als wäre er bereit einen lauten, unkontrollierten Ausruf auszusprechen.

(Fort folgt.)

der Kämpfe eingetreten. Wir erkennen und gegen gesplittete...
Wir sagten den Arbeitern nur wenn sie gut organisiert...
Wir waren und sind der Meinung, daß die Gesplittetheit der Arbeiter einer Industrie-Gruppe...
Da wir wissen, daß die Bedingungen des Kampfes in vieler...
Ausgang (schwieriger) sind als eheher, und daß der Sieg...
Anstrengungen und größere Ausgabe erfordert, weil er jetzt um...
größere Ziele geführt werden muß, und weil der Arbeiter...
ein längeres, durch Erfahrungen gewohnteres und zu jeder...
entschlossenes, gut organisiertes Unternehmertum gegenübersteht...
legen wir Wert darauf, daß über Notwendigkeit und Führung...
des Kampfes nicht eine Handvoll Führer entscheiden, sondern...
die organisierte Masse selbst. Das Bewusstsein der Notwendigkeit...
der Masse für den Kampf kann nur gebildet werden, wenn diese...
an den Entscheidungen über ihr Schicksal teilnimmt. Es ist ein...
reaktionärer Gedanke, daß eine Anzahl Angehöriger einer Organ...
sation die Verantwortung zu tragen haben über das Schicksal der...
großen Masse. In der Periode, wo die Kämpfe um Geld oder...
Recht der Arbeiterklasse gehen, kann die Arbeiterklasse in ihren...
Handlungen nicht durch eine Anzahl Einzelnen behormundet...
werden.

Kügendend von dieser allgemeinen Anschauung, haben wir...
Ausgeschlossen einen Kampf geführt gegen alle rücksichtslosen...
Ansprüche in den Verbänden. Wir haben immer auf die...
Folgen einer verkehrten Politik hingewiesen und haben zu...
ändern gesucht, daß der falsche Weg weiter beschritten wird...
So wie zu den Arbeitern sprechen konnten, haben die Mitglieder...
der Organisation für unsere Anschauung entschieden, und nur dort...
wo durch dumme Demagogie die Verbandsbürokratie gelang...
die Mitglieder der Organisation zu verwirren, oder wo sie unser...
Sprechen zu den Mitgliedern durch Ausweisen aus den...
Versammlungsräumen verdrängte, wachte sie eine Mehrheit für sich...
erlangen. So die Arbeiter für uns entschieden, entschieden sie...
nicht um unserer schönen Augen willen für uns, sondern weil ihre...
Erfahrungen ihnen die Richtigkeit unserer Anschauungen bewiesen...
hatten. Die Verbandsvorstände haben uns und unsere Ideen nicht...
günstig überwinden. So sie sich mit uns im Zweifelsfall gemessen...
haben, sind sie unterlegen. Und nur die rücksichtslose Ausnützung...
einer ihr zu besseren Zwecken überlassenen Macht gegen uns...
ermöglicht unser Ausstoßen aus der Organisation.

Dennoch haben wir keine Stunde lang eine Politik des...
persönlichen Interesses getrieben. Wir haben die Bestanden über...
die Handlungsweise der Bürokratie mit Recht empörten Kollegen...
veranlaßt, in den Verbänden zu bleiben. Wir haben einen...
rücksichtslosen und unerbittlichen Kampf gegen die geführt, die zum...
Verlassen oder zur Verdrängung der Organisation aufgefordert...
haben. Wir haben an tausenden von Stellen zum Ausdruck...
gebracht, und bringen es hier wieder zum Ausdruck, daß unser...
Streben darauf gerichtet ist, wieder Mitglieder der Organisation...
zu sein, die wir mit aufgebaut haben. Daß wir mit denen in...
einer Kampfgemeinschaft leben wollen, die unsere Klassen...
sind, und deren Sieg über den kapitalistischen Feind auch unser...
Sieg ist. Wir verlangen von den deutschen Bauarbeitern aller...
Orte, daß sie unsere Anschauungen prüfen, und daß sie uns die...
Möglichkeit geben, unsere Stellungnahme zu verdeutlichen. Wir...
wollen den Beweis antreten, auf den Verbandslogen, wie in der...
kleinsten Zelle, daß wir nicht kämpfen für persönliche...
Interessen, nicht kämpfen für Parteizwecke, sondern für das Allgemein...
interesse unserer Kollegen. Wir wollen beweisen, daß die...
Folgsamkeit unserer Ziele nicht die Organisation zerschlägt, sie...
unfähig, sondern im Gegenteil, sie kräftigt und zum Siege...
fähig macht. Sollte wider Erwarten auf den Verbandslogen noch einmal...
der arbeitgemeinschaftliche Geist liegen, die Solidarität mit der...
Anerkennung der Solidarität aller Arbeiter unter...
einander zum Kampf gegen das Unternehmertum, so werden wir...
dennoch unseren Kampf für unsere Ziele fortsetzen bis zu dem...
Tage, an dem alle Bauarbeiter erkannt haben, daß unser Weg der...
rechte Weg zum rechten Ziele ist.

Locales.

Alle Distriktsassessoren haben sofort für Monat Januar...
abzurechnen. Die Ortsleitung.

Was ist ein Streikbrecher?

In allen Orten des sächsischen Bezirks Sanna, in...
einem Streikverweigerer gestreift wurde, las man folgenden...
Bekanntmachung:
Als Gott seine letzte Arbeit vollendet hatte, nämlich...
die Krieger-Lange, den Froisch und den Blutegel, blieb...
noch ein Stoff zurück, eine eigenartige Substanz, aus der...
er den Streikbrecher schuf.
Der Streikbrecher ist ein zweibeiniges Tier, das eine...
Seele wie ein Lamm und alten Samischuhnen besitzt.
Da, wo der Mensch das Herz hat, trägt der Streik...
brecher ein Gewächs von verfaulter Substanz.
Nicht er über die Straßen, so lehren ihn die Menschen...
den Hunden; die Engel im Himmel vergessen Tränen und...
der Teufel schlicht die Worte vor ihm zu.

Judas Scharlach war ein Gentleman im Bereich...
um Streikbrecher. Ihm war soviel menschliches Gefühl...
geblieben, daß er sich erhängte; aber ein Streikbrecher tut...
das nicht.

Wohnungsnot und Mieterelend.

Mak. Am 3. Februar veranstaltete die Ortsgruppe...
Dreslau des deutschen Mieterverbandes im großen Saale...
des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Mieterversammlung...
mit „hochinteressantem“ Lichtbildervortrag. Herr...
Verbandsvorsitzender Terstegen referierte über „Wohnungs...
not und Mieterelend“ und gab mit seinen Ausführungen...
denen reichhaltige, das Wohnungsbelend grell beleuchtende...
Lichtbilder zugehörte, den Beweis, wie verärgert...
Kapitel nicht behandelt werden dürfen. Der Kampf gegen...
das Wohnungsbelend und der Kampfwillie der Verleendeten...
wurden nicht erzeugt, wenn der Referent an den Selgen...
humor der Versammlungsteilnehmer appelliert und diese...
infolge seiner unangebrachten „wichtigen“ Pointierung...
über ihre eigenen Leiden zum Lachen veranlaßt. Als Verbands...
vorsitzender des deutschen Mieterverbandes muß Herr...
Terstegen wissen — zumal er selbst angibt, so grenzenlose...
Not gesehen zu haben — daß durch solche Ausführungen...
eher das Gegenteil erzeugt werden kann als beabsichtigt ist...
selbst wenn der Referent glaubt, seine Ausführungen „hoch...
interessant“ gehalten zu müssen.

Aber abgesehen davon, auch sonst zeigte Herr Terstegen...
und damit die Ortsgruppe Dreslau des deutschen Mieter...
verbandes, daß sie noch weit entfernt sind, bei den Ver...
sammlungsteilnehmern Kampfwillen zu erzeugen, ihnen Ziel...
und Richtung zu geben und damit die Grundlage zur...
Massenorganisation zu schaffen. Die Zeiten sind vorüber...
in denen die Wohnungsfrage vor den Mietseinerungs...
ämtern oder vor irgendwelchen Institutionen durch irgend...
einen Rechtsvertreter für einzelne Individuen zur Erledigung...
kam. Heute ist das Wohnungsbelend nicht mehr eine Er...
scheiung, die nur einzelne Menschen betrifft, heute steht...
die herrschende Gesellschaft vor einem Problem, daß die...
Masse in den Abgrund reißt und das deshalb ebenso...
nur durch revolutionäre Umwälzung erledigt werden muß...
wie Arbeitslosigkeit, Prostitution usw.

Deshalb ist es verkehrt, wenn der deutsche Mieter...
verband glaubt, durchgreifende Maßnahmen in der...
Kämpfung der Wohnungsnot durch Häuserbau zu treffen...
ohne über Geld- oder Nachmitteln zu verfügen. Herr...
Terstegen weiß genau, daß er mit seiner Kellamvortragung...
im Interesse einer hannoverschen Baufirma für Veranden...
bauten (Aubi) trotz Einladung sämtlicher Stadt- oder...
sonstiger Oberhäupter keinen Menschen, der etwa im Wohnungs...
bau Einfluß haben könnte, zur Beseitigung der Wohnungs...
not durch Häuserbau veranlassen könnte, wenn nicht der...
Profit winkt. Jedem Unkundigen ist doch soviel bekannt...
daß die Wohnungsnot nicht allein hervorgerufen wurde...
durch den Krieg und daß sie nicht vergrößert wird durch...
die Kriegsnachwehen. Die schlechte Rentabilität, der Profit...
ist es, der nicht so reichlich in die Geldsäcke der Bau...
industriellen fließt. Und deshalb sind Wohnungsnot und...
Mieterelend Produkte der kapitalistischen Wirtschaft...
form, die nicht beseitigt werden können durch irgendwelche...
reformistische Bestrebungen, sondern nur durch den Willen...
und die revolutionäre Tat des gesamten Proletariats.

Die Distaktion zeigte der Versammlungsleitung, daß...
die Versammelten keineswegs in der Durchführung ihres...
eigenen Gläubers Befriedigung fanden. Die Versammelten...
wollten den Weg kennen lernen, der sie herausführt aus...
ihrem Elend. Und es war wirklich nicht die bloße Sympathie...
eines Diskussionsredners, der noch dem vielgeschmähten...
Sowjetland zeigte, sondern es war das Erkennen...
daß nur durch den Kommunismus das bestehende Elend...
reife beseitigt werden kann.
Keine Verlängerung des Leidensweges des Proletariats...
keine Ueberbrückung der Gegenwart, sondern endliches Um...
stürzen des reformistischen Kapitalismus in revolutionäres...
Handeln. Wir weisen auf unsere Artillerie, die zurzeit...
in der „Schleifischen Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht wird...
und in der wir grundsätzlich auf das Wohnungsbelend und...
dessen Bekämpfung eingehen. Die Kommunistische Partei

wird sich stets bereit halten und nicht absteits stehen, wenn...
der Mieterverband ernstlich beabsichtigt ist, nicht nur den Mund...
zu spülen, sondern auch zu pfeifen.

Am Schluß wurde eine eingebrachte Resolution ab...
gelehrt, ihr wurde damit das Ende im Papierkorb erspart.

Erhöhung der Brotpreise.

Seit dem 4. Februar ist in Breslau eine weitere Preis...
steigerung für markenfreie Backwaren eingetreten. Es kosten...
von diesem Tage an:
1 Pfund markenfreies Brot 4.— M.,
1 markenfreie Semmel 1.— „
Brötchen und Hörnchen aus Semmelmehl 0,50 „
Auszugsmehl 0,50 „
Dann schreibt die Breslauer Bäckereimasse, daß sie...
dieser Preiserhöhung ungen und nur durch den Zwang der...
Verhältnisse gezwungen ist. Sie macht dann eine Gegenüberstellung...
der Mehl- und Backwarenpreise von 1914 und jetzt:
Mehlpreise: 1914 1922
Roggenmehl je Ztr. 10.— M., 450.— M., also 4500% Steigerung,
Weizenmehl „ 12.— „ 560.— „ „ 4800% „
Auszugsmehl „ 14.— „ 700.— „ „ 5000% „
Backwarenpreise: 1914 1922
Brot je Pfund 0,15 M., 4.— M., also 2600% Steigerung,
1 Semmel „ 0,08 „ 1.— „ „ 3800% „
1 Hörnchen „ 0,02 1/2 „ 0,60 „ „ 2600% „

Diese Gegenüberstellung ist sehr lehrreich. Man sieht...
daraus, daß die Bäckermasse in Friedenszeiten das Volk auf...
eine ganz unerhörte Weise bewuchert haben, denn sie...
bieten heute noch mehr wie genug, trotzdem die Mehlpreise...
prozentual zu den Herstellungskosten der Backwaren bedeutend...
höher sind. Man sieht aber auch, daß die Markier und...
Mehlschieber wahnsinnige Gewinne einheimen. Und trotzdem...
solten Mitte Februar die Brotpreise für Markenwaren um...
75% erhöht werden. Das ausgewerkerte Volk muß und...
wird es ja bezahlen, meint die Regierung. Und wenn der...
Brotet vor Hunger nicht mehr gerade stehen kann, das stört...
die „demokratische“ Regierung wenig. Ihr liegt vielmehr...
am Wohlwollen der Junker und Mehlschieber, deshalb sieht...
sie nicht nur diesen unverständigen Wucher nicht, sondern...
erhöht noch höchst eigenhändig die Brot- und Mehlpreise...
Und die Arbeiterklasse? Sie läßt sich gefallen — — bis...
sich mal die Geduld reißt.

Ungeheuzte Turnhallen.

Die wiederholten, verhältnismäßig lange andauernden...
Kälte dieses Winters haben in die Brennstoffvorräte der Schulen...
ein bedeutendes Loch gerissen, und immer lauter werden die...
Klagen der Schüler und der Beschwerden der Eltern über un...
genügende Heizung der Klassenzimmer. Der Streik der...
Bauarbeiter hat zu einer weiteren Verschärfung der Notlage...
getragen. Angesichts dieser Verhältnisse hat die Schulverwaltung...
notgedrungen, um wenigstens eine ausreichende Durchwärmung der...
Schulräume für die nächsten Wochen zu sichern, das geringere...
Uebel ausgewählt und eine Unterbrechung in der Heizung der...
Turnhallen anordnen müssen.

Städtische Schulkinderergärten.

Vom Magistrat wird mitgeteilt:
In die städtischen Schulkinderergärten Georgenstraße 18,
Gräblichener Straße 96, Rebenstraße 4 und Berliner Straße 65...
werden auch in diesem Jahre je 30 bis 40 schon im schulpflichtigen...
Alter stehende, aber noch nicht schulpflichtige, und daher vom Schul...
besuche zurückgestellte Kinder, unentgeltlich aufgenommen. In...
den Schulkinderergärten sollen die Kinder durch geeignete Pflege...
und Ueberwachung für den späteren Schulbesuch, ähnlich wie es in...
anderen Städten der Fall ist, reif gemacht werden. Die Schulk...
inderergärten sind im Sommer von 8 bis 12 Uhr und im Winter...
von 9 bis 1 Uhr zu besuchen. Mit Rücksicht auf den meist...
schwachen Gesundheitszustand werden die Kinder ärztlich überwacht.
Kinder, die Oftern 1922 schulpflichtig werden, aber wegen...
Schulreise vom Schulbesuche zurückgestellt werden müssen, können...
schon jetzt zum Besuche der Schulkinderergärten entweder bei der...
städtischen Schulverwaltung Gartenstraße 3, Gartenhaus II,
Zimmer 9a, in der Zeit von 8 bis 3 Uhr, oder in dem nächst...
gelegenen Schulkinderergarten in der Zeit von 9 bis 1 Uhr ange...
meldet werden.

Anmeldung in höhere und mittlere Schulen.

Der Aufnahme- und Prüfungszeitpunkt für Schüler und...
Schülerinnen der städtischen höheren und mittleren Schulen ist von...
den Schulleitern zu erfragen.

Verantwortl. Red.: Erich Wenzel; Inserate: Max Blücher;...
Verlag: Proletkultgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H.
Dresd.: Puffel & Dautzig, sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus
Königsplatz 12
Die Schloßgängerin
Liebig-Theater
Taglich 7 1/2 Uhr:
Das große...
Februar-
Programm
Oct. Schloßgänger
Lied und...
Die Schloßgängerin
Das 2. Programm
Lied und...
Die Schloßgängerin
Genossen!
kauft nur...
bei unseren...
Inserenten.

Arzt Dr. Arthur Schöberl
Königsplatz 12
Königsplatz 12
Altmetalle
Königsplatz 12
Arzt Dr. H. Klinge
Königsplatz 12

Anzüge, Cutaways, Raglans, Schläpfer, gestreifte Hemden,
nach Maß und fertig am Lager, Veranlassung nach allen...
Verkaufsbüro seiner Herrenanzüge
Berthold Schöberl, Grünstr. 12
Internationaler Bund der Arbeiter
Ortsgruppe Breslau.
Am Mittwoch, den 3. Februar, abends Punkt...
7 Uhr, Neue Weltstraße 44, findet eine...
Funktionärsprüfung...
Höckerich, Schriftführer.
Proletarier Lies!
Der durch Verlesung der...
kann die größte...
des...
Die Kommunistische...
Breslau 5, Grünbacher Str. 45
hat ein...
schleppendes...
Bücherpreisliste...
Genossen! kauft nur bei unseren Inserenten!

Die Internationale
Wochenschrift für Praxis und...
Theorie des Marxismus
Ergänzung von Rosa Luxemburg u. Franz Mehring
Jahrgang des Jahres...
Die...
A. Worski: Rosa Luxemburgs Stellung...
zu den...
B. Worski: Masse, Sekte oder...
Partei...
Die Weltwirtschaft drei...
Jahre nach Kriegschluß...
Notizen...
Wärschen...
Zeitschriften...
Preis 2.— Mark / Vierteljahr 1.— Mark
V . . . I . . . V . . . A
Verlagsgesellschaft...
Genossen! kauft nur bei unseren Inserenten!

K = P = D
Kommunistische Partei Deutschlands
Veranstaltungen:
Unterbezirk Breslau: Breslau, Puffel & Dautzig
Unterbezirk...
Genossen! kauft nur bei unseren Inserenten!

Rechenchafts-Bericht

des Gaukomitees Ost der „Roten Hilfe“ (Berlin C 25, Münzstraße 24)

An alle Betriebsräte und gewerkschaftlichen Funktionäre der Betriebe!

An alle Gaukomitees der Roten Hilfe!

An alle Parteibeiräte der KPD!

Berlin, den 2. Januar 1932.

Arbeiter! Genossen!

Ein Jahr des Leidens und der Enttäuschungen für die deutsche Arbeiterklasse hat seinen Abschluß gefunden. Die letzten Errungenschaften der Novemberrevolution sind im Jahre 1931 in dem Blut und den Tränen des deutschen Proletariats ertränkt worden.

Wie ein mahnendes Gewissen blutet uns beim Ueber-schreiten der Schwelle des neuen Jahres der Hilferuf der tausende proletarischer Kämpfer aus den Zuchthäusern in die Ohren: das ist die Stimme der Revolution!

Angeichts der Not der Tausenden von Angehörigen der Frauen und Kinder unserer eingekerkerten Brüder, empfinden wir erst die große Schmach und Schande der jetzigen Zeit!

Arbeiter Deutschlands! In Euren Händen liegt das Schicksal Eurer Brüder!

Aus allen Betrieben muß der Ruf wie aus einem Munde erklingen:

Heran mit den politischen Gefangenen!

Auf Euch hoffen die frierenden und hungernden Kinder und Frauen der Eingekerkerten!

Der Eure Tat kann die Zuchthäuser für die Besten unserer Klasse öffnen und die Not und das Elend ihrer Angehörigen lindern.

Arbeiter, denkt an die inhaftierten proletarischen Kämpfer!

Sammelt in den Betrieben und Werkstätten. Ist auch die Zeit schwer, Eure Brüder haben größere Opfer gebracht. Beantragt in den Betriebs-, Gewerkschafts- und Partei-Versammlungen:

Freilassung der revolutionären Kämpfer!

Diese Forderung sei die Losung des gesamten Proletariats!

Wenn wir nun im Nachstehenden mit der Abrechnung vom November und Dezember einen Ueberblick über die gesamte Leistung unseres Gaues seit der Gründung geben, so bestreuen wir zu zeigen, welche ungeheure Leistung fordert Sammellisten und liefert Bekleidungsstücke an das

Ungefährt und ungerührt als die Tausende der hingerichteten Proletariats! Ungefährt als die Mörder, welche die Besten des Proletariats gemordet haben. Die Zuchthäuser begraben nur unsere proletarischen Kämpfer. Sie begraben auch die, welche mit ihren Geliebten die Freiheiten der Revolution gegen die Rapp-Verbrecher geschützt haben; mit jahrelangen Kerkerstrafen müssen dieselben ihren Opfermut büßen. Der Hungerstreik unserer Brüder im letzten November des hinter uns liegenden Jahres hat einen Sturm der Entrüstung und Empörung bei der gesamten Arbeiterschaft ausgelöst. Doch der Ruf des Proletariats um Freilassung seiner Klassengenossen hat bei der Regierung kein Gehör gefunden.

Die Rote Hilfe hat nur das größte Elend von den Angehörigen abwenden können. Fast täglich bitten die Frauen unserer Gefangenen um Ueberlassung von warmen Kleidern für ihre Kinder.

die Rote Hilfe vollbracht hat. Die Rote Hilfe kann in Zukunft nur dann allen Ansprüchen gerecht werden, wenn sie Gemeingut des gesamten revolutionären Proletariats wird. Darum Proletarier, ohne Unterschied der Partei, helft an dem Auf- und Ausbau der Roten Hilfe!

Gaukomitee Ost der „Roten Hilfe“, Berlin C 25, Münzstr. 24

Die Rote Hilfe hat seit ihrer Gründung folgende Beträge an Unterstützungen ausgezahlt:

	Famil.-U.	Notf.-U.	Hilfe-U.	Gefang.-U.	Julius	Verwalt.	Sonstiges	Bekleid.	Verpfleg.		Im Ganzen
April	151 690,-	72 213,-	10 304,-	8 215,-	786,-	3 264,35	4 060,-	860,-	1 400,-	Umsatz 300,-	253 292,35
Mai	154 546,70	120 164,85	15 771,80	10 633,60	43 488,75	2 008,60	662,-	2 977,-		Umsatz 2 000,-	352 253,30
Juni	38 783,45	87 194,05	5 706,50	400,-	8 611,32	420,30	492,25	5 613,70	10 043,25		157 204,32
Juli	432,21	34 049,50	15 606,50	1 040,-	69 782,26	725,-		13 452,75			227 877,01
August	38 450,05	799,55	78,11	15,20	3 498,47	157,35	543,90	14 850,95	633,80		147 420,53
September	39 471,20	67 400,25	17 017,30	650,-	8 687,30	350,53	4 296,30	11 927,15	2 511,30		152 311,95
Oktober	35 398,-	64 361,25	7 493,70	1 050,90	4 157,68	469,50	633,25	8 484,40	1 410,65	Krankenkassens 200,- Verdigung 1 717,70	125 259,28
November	28 225,-	61 340,-	5 263,40	2 632,15	2 661,15		133,05	7 711,40	1 230,-		110 913,85
Dezember	27 034,75	60 002,50	17 924,50	15,22	1 374,60	754,-	1 454,-	2 773,-	4 413,-		118 152,70

[557 720,15 | 698 626,40 | 102 898,70 | 27 693,65 | 142 997,51 | 8 149,63 | 12 234,75 | 69 650,35 | 21 642,- | 5 017,70 | 1 644 635,83

Die durchschnittliche Zahl der Unterstützten verteilt sich auf die einzelnen Parteien im Monat wie folgt:

	KPD.	USPD.	NSD.	SPD.	U.N.	Unorgan.
	250	53	67	17	17	22

Wir leidens nicht mehr!

(Aus dem Schauspiel: Die Weber.)

Von Gerhard Hauptmann.

Im Stübchen des Händlers Wilhelm Anzorge zu Raschbach im Entenberge sitzt die Familie des alten Webers Baumert mit Anzorge und Moritz Jäger, dem eben vom Militärdienst heimkehrenden, im Gespräch. Von der guten alten Zeit und der elenden Gegenwart ist die Rede. Die Weber werden ausgebeutet, gehen in Lumpen und hungern; die Fabrikanten wissen nicht, was sie anstellen sollen vor Reichtum und Uebermut. Schon hat die wahllose Not die Weberleute um den Glauben gebracht, daß es ein Ende im Guten geben könne. In Moritz Jäger gärt offene Empörung. In eben dieser Stunde erhebt der alte Baumert, der seit zwei Jahren kein Fleisch mehr aß, daß nun, wo er einmal einen Bissen nahm — er hat sich ein Hundchen braten lassen — kein gewöhnlicher Magen diese Kost nicht einmal bewältigen kann. Von Anzorge gepackt, sitzen Baumert und sein Weib nieder. Da gärt der Jäger auf:

Jäger: (in plötzlicher Anzögerung, sanftlich):

Und dabei gibts Leute, Gerichtschulken, gar nicht weit von hier, Schwärzwampfen, die das ganze Jahr nicht weiter zu tun haben, wie wirsen Herrgott im Himmel a Tag abfehlen. Die wollen behaupten, de Weber kenntn gar und gerne auskommen, se wern bloß zu faul.

Anzorge: Das feir gar keine Mensch. Das sein Un-mensch, kein das.

Jäger: Du loß od gut i-w, a hat sei Fett. Ich und die Rote Bäcker, mir hob'n i'n eingetränkt, und bevor wir abgehen, zu guter Letzt, fangen m'r noch 's Blutgerichte.

Anzorge: O jesus, jesus, ist das das Lied?

Jäger: Ja, ja, hie hab ich's.

Anzorge: 's heßt doch, glob ich, 's Dreißiger-Lied.

Jäger: Ich wärch a mal vorlesen.

Mutter Baumert: Wer hat denn das Lied versanden?

Jäger: Das wech ke Mensch nich. Du hört amal drai-

(Er liest, schülerhaft, buchstabierend, schlecht betonend, aber mit unverkennbar starkem Gefühl. Alles klingt heraus, Verzweiflung, Schmerz, Mut, Haß, Rache, urst.)

Hier im Ort ist ein Gericht,
Noch schlimmer als die Feinen,
Wo man nicht erst ein Urteil spricht,
Das Leben schnell zu nehmen.

Hier wird der Mensch langsam gequält,
Hier ist die Folterkammer,
Hier werden Senzger viel gezählt,
Als Zeugen von dem Jammer.

(Der alte Baumert hat, von den Worten des Liebes gepackt und im tiefsten Aufgerüttelt, mehrmals nur wahlsam der Versuchung widerstanden, Jäger zu unterbrechen. Nun geht alles mit ihm durch: stammelnd, unter Laichen und Beinen zu seiner Frau):

Baumert: Hier ist die Folterkammer, der das geschrieben, Mutter, der sagt die Wahrheit: Das kannst du bezengen... Wie heeß's? Hier werden Senzger... Wie? ... Sie wern se viel gezählt.

Jäger: Als Zeuge von dem Jammer.

Baumert: Du weest's, was mir a so senzger een'a Tag um a andern, ob m'r steh'n oder liegen.

Jäger (während Anzorge, ohne weiter zu arbeiten, in tieffter Erschütterung zusammengehauen das liest, Mutter Baumert und Veria fortwährend die Lu: en wischen, fährt fort zu lesen):

Die Herren Dreißiger die Heuter sind,
Die Diener ihre Schergen,
Davon ein jeder tapfer schindt,
Anstatt was zu verbergen.

Ihr Schurken all, Ihr Satanabrut!

Der alte Baumert (mit zitternder Mut den Boden stampfend): Ja, Satanabrut!!!

Jäger:

Ihr höllischen Dämonen,
Ihr freßt der Armen Hab und Gut,
Und Ruß wird Euch zum Sohne.

Anzorge: Du, ja ja, das is auch an Fluch wert.

Ausfchnitten!

Beitrittsklärung.

Überdich erkläre ich meinen Beitritt zur „Kommunistischen Partei Deutschlands“, erkenne damit gleichzeitig die Geltung der III. Kommunistischen Internationale an und verpflichte mich, in ihrem Sinne zu wirken.

Vor- und Zuname: _____

Beruf: _____

Geburtsort, -jahr und -ort: _____

Wohnung (Straße und Hausnummer): _____

In welchem Betrieb beschäftigt: _____

In welcher Gewerkschaft organisiert: _____

Ist die „Schleifische Arbeiter-Zeitung“ abonniert: _____
(Wenn nicht, bitte nebenstehenden Betrag in Mark beifügen.)

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für den Monat 1,50 M., für weibliche Mitglieder 75 P., Mitgliedskarte 1,50 M.

Ausfchnitten!

Dem Vertrauensmann der K.P.D. oder dem Briefträger geben.

Unterzeichnete — bestellt hiermit durch Postporto* — (durch die Post*)

Schleifische Arbeiter-Zeitung

Particblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Erscheinungsort Breslau

zum Preise von Mk. 5.— per Monat einchl. Tragerlohn*) und Postbestellgeld*) und bittet um Zustellung durch den Zustäger.

Name und Beruf: _____

Wohnort: _____

Straße und Hausnummer: _____

*) Mitgliedsbeitrag durchstreichen

Genosse!

Hast Du schon einen Anteil zur Produktiv-Genossenschaft gezeichnet?

Der alte Baumert (die Faust ballend, drohend):
Ihr freßt der Armen Hab und Gut.
Jäger:
Hier hilft kein Bitten und kein Fleh'n,
Umsonst ist alles Klagen.
„Gefäll's euch nicht, so könnt ihr geh'n
Am Hungertuche nagen.“
Der alte Baumert: Wie steht's? Umsonst ist alles Klagen? Jedes Wort... jedes Wort... das is all's a so richtig, wie in dr' Bibel. Hier hilft kein Bitten und kein Fleh'n.
Anzorge: Du jaja! Du ne, ne! Da tut schon nicht helfen.
Jäger:
Nun denke man sich diese Not
Und Elend dieser Armen,
In Haus oft keinen Bissen Brot,
Ist das nicht zum Erbarmen!
Erbarmen, hat Ein schön Gefühl,
Euch Kannibalen fremde,
Ein jedes kennt schon euer Ziel,
's ist der Armen Hab und Gemde.

Der alte Baumert (springt auf, hingerissen zu deliranten Reden):
Haut und Gemde. All's richtig, 's is der Armut Haut und Gemde. Hier steh' ich, Robert Baumert, Webermeister von Raschbach. Wer kann vortreten und sag'n... Ich bin ein braver Mensch gewest mei Bebelang, und ich leht mich an! Was hab ich davon? Wie seh ich aus? Was haben se aus mir gemacht? Hier wird der Mensch langsam gepackt (er reißt seine Arme hin). Dahier, geest amal an, Haut und Knochen. Ihr Schurken all, ihr Satanabrut!!! (Er bricht weinend und verzweifelt auf einem Stuhl zusammen.)
Anzorge: (Schleudert den Stuhl in die Höhe, erhebt sich, am ganzen Leibe zitternd vor Mut, stampft hervor):
Und das muß andersher wer'n, sprech ich, jetzt uff der Stelle. Wir leidens nimehr! Wir leidens nimehr, mag kommen was will.

Wirtschaftliche Rundschau

Vierzig Prozent Kohlensteuer.

Die Kohlensteuer, bisher veranschlagt auf 30 Prozent, soll infolge des Steuerkompromisses auf 40 Prozent erhöht werden. Die SPD. hat ihre Zustimmung dazu gegeben. Insgesamt soll die Kohlensteuer mehr als 10 Milliarden Mark einbringen.

Was bedeuten diese 40 Prozent?
Ein Zentner Briketts, der bisher 27 Mark kostet, wird sich nunmehr auf fast 38 Mark stellen.

Wer bezahlt das?
Der Arbeiter, wenn er seinen Hausbrand kauft.

Die Kohle wird zur Herstellung aller Industrieerzeugnisse gebraucht. Allein durch die Erhöhung der Kohlensteuer auf 40 Prozent werden also alle Industrieerzeugnisse, da die Erhöhung durchweg auf den Warenpreis aufgeschlagen wird, im Preise stark in die Höhe gehen. Vor allem wird der Preis für Gas und elektrischen Strom um mindestens 40 Prozent answellen.

Dazu wird diese Erhöhung der Kohlensteuer für jeden Fabrikanten und Händler eine Gelegenheit sein, den Kaufpreis nach oben abzurunden.

Wer bezahlt das?
Der Arbeiter, der sich irgendwelche Waren kauft.

Die Arbeiterfrau, die die Gasrechnung bezahlt.

Die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten.

Zur Jahreswende zubereiten sich viele amerikanische Finanzanalysten zuversichtlich über die Entwicklung der Dinge im kommenden Jahr. Vor allem wurde mit Freude konstatiert, daß in einigen Industriezweigen Produktionssteigerungen eingetreten sind. Sagen wir zu, das wirkliche Bild der Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten an Hand einiger nackter Zahlen darzustellen.

Die Zahl der Bankrotte betrug im letzten Jahr fast 2000, etwa doppelt so viel wie im Vorjahr, und amerikanische Wirtschaftsberichte geben zu, daß die Zahl der Bankrotte in den kommenden Monaten nicht nachlassen, sondern im Gegenteil steigen wird. Es handelt sich dabei zumeist um kleine Firmen. Die Politik der großen Trusts zum Opfer fielen.

Die Eisenbahnen, die 1920 ein Defizit hatten, weisen zwar 1921 einen Überschuss auf, aber nur auf dem Papier. Der Geldbedarf der Bahnen wird für 1922 auf etwa 1 Milliarde Dollar geschätzt. Statt der normalen 10 Prozent waren im September 1921 23 Prozent aller Lokomotiven gebrauchsunfähig, von den Güterwagen waren 15 statt der normalen 4 Prozent gebrauchsunfähig. Der Lohnabbau, den die Eisenbahngesellschaften durchführten, belief sich für 1921 auf 400 Millionen Dollar, nach ihrer Meinung ist aber eine Sanierung der Eisenbahnen nur bei weiteren gewählten Lohnabbau möglich. Selbst die Eisenbahnkapitalisten rechnen dabei mit einem heftigen Widerstand der Eisenbahler.

In der Schifffahrt steht es noch schlimmer. Die Geschäftsbilder selbst geben zu, daß noch nicht das geringste Zeichen einer Besserung der Krise zu ersehen ist. Von 1500 Schiffsplätzen sind 300 in Betrieb, der Betrieb auf den Werften wird von Monat zu Monat mehr eingeschränkt. Die Konzentrationsbewegungen im Reedereiwesen, die den Zweck haben, den Reedern die Möglichkeit einer planmäßigen Einschränkung des Schiffsverkehrs zu geben, und zwar unter Vermeidung kleinerer Katastrophen, haben bisher an der Entwicklung nichts geändert.

Sehr stark zurückgegangen ist 1921 die Produktion von Wolle, Stahl, Eisen und Kupfer. Die Rohisenproduktion betrug im abgelaufenen Jahr nach den Feststellungen von "The Iron Trade Review" (Ohio) 15,7 Millionen Tonnen gegen 16,7 Millionen Tonnen im vorvergangenen Jahr, die von Kohlen 20 Millionen Tonnen gegenüber 22 Millionen Tonnen 1920. Während die amerikanische Produktion an Rohisen und Wolle 1920 etwa 1/3 der Weltproduktion ausmachte, betrug sie 1921 kaum noch die Hälfte, trotz eines Rückgangs der Weltproduktion um etwa 30 Prozent. Gemessen an der Leistungsfähigkeit betrug die Produktion von Rohisen im abgelaufenen Jahr nur 20 Prozent.

Die durch den Fertig-Industrieerzeugnisse zeigen ein ähnliches Bild, die Produktionsziffern sind zwar bei weitem statistisch erhöht, spiegeln sich aber in den stark zurückgegangenen Exportziffern wider. Der Export von Fertigwaren betrug im 1921 25 Milliarden Dollar auf 1,7 Milliarden Dollar im 1920. Der Export von Rohstoffen von 1,9 auf 1,3, der von Fertigprodukten von 3,3 auf 3,3 Milliarden Dollar. Der Gesamtexport betrug von 75 Milliarden Dollar auf 12, d. h. um 41 Prozent zurückgegangen. Wichtig ist es, daß die einzelnen Ausfuhrziffern zeigen, daß die Vereinigten Staaten, die während des Krieges und in den beiden darauffolgenden Jahren das größte Exportland der Welt für Fertigfabrikate waren, wieder mehr und mehr wie in der Vorkriegszeit zu einem Rohstofflieferanten werden.

Private Kreditoperationen, die den Handel mit valutaschwachen Ländern fördern sollen, haben die Krise ebensowenig abmildern können, wie das Zollniedriggesetz das Leben der amerikanischen Warenpreise linderte. Zurzeit berät der Senat in Washington über den Vorschlag des Abgeordneten Fordner, der darauf hinausläuft, die Zölle für alle eingeführten Waren auf der Basis der amerikanischen Großhandelspreise festzusetzen. Sollte dadurch — was sehr zweifelhaft ist — die Schleuderkonkurrenz valutaschwacher Länder aufgehoben werden, so würden andererseits die inländischen Industrieerzeugnisse auf einer derartigen Höhe gehalten, daß sie zu dem Weltmarkt ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren. Das Beispiel der schweizerischen Schutzzollgesetzgebung zeigt diese Entwicklung sehr deutlich.

Wenn man in einzelnen Industriezweigen in den letzten Monaten tatsächlich geringe Produktionssteigerungen zu verzeichnen sieht, so haben diese Schwankungen mit einer Besserung der allgemeinen nichts zu tun. Es handelt sich hierbei um eine jährlich ganz regelmäßige Erscheinung, daß das Weihnachtsgeschäft stets einen Anreiz zu gesteigerter Produktion darstellt und daß gerade im Herbst von landwirtschaftlichen Erzeugnissen die meisten Einkäufe (Getreide, Maschinen, Automobile, Keschlenger usw.) gemacht werden.

Die Gründe für die gewaltige Wirtschaftskrise, die nach den neuesten Schätzungen 7 1/2 Millionen Proletarier erwerbslos gemacht hat, liegen demnach auch auf der Hand. Während des Krieges haben nicht nur einige Kapitalisten, wie vor allem Japan, ihre Industrie ausgebaut, sondern es haben vor allem einige wichtige bis dahin vorwiegend asiatische Länder eigene Industrie entwickelt, das gilt vor allem für die südamerikanischen Staaten, für China und für Indien. Hinzu kommt, daß das gewaltige Gebiet Rußlands nach immer nicht Abscheu von Industrie-

produkten im größeren Maßstab geworden ist, daß ferner die Schleuderkonkurrenz der valutaschwachen Länder den amerikanischen Kapitalisten einen Absatzmarkt nach dem anderen, besonders in Mexiko und Südamerika, entzissen hat.

Dazu kommt schließlich noch, daß die „Kaufkraft“ der amerikanischen werktätigen Bevölkerung im Laufe des vergangenen Jahres stark zurückgegangen ist. Am meisten gilt das für die Arbeiter und für die kleineren und mittleren Farmer. Nach den Berechnungen des „New Yorker Universitätsbüros für Wirtschaftsforschung“ ist im Staate New York die „Kaufkraft“ der ländlichen Bevölkerung um etwa 40 Prozent, die der städtischen um 12 Prozent gesunken. Es kommt in diesen Ziffern zum Ausdruck, daß einmal die Lohnreduktionen der Arbeiterklasse viel größer waren — sie betragen im Durchschnitt mindestens 30 Prozent — als der Rückgang der Lebenshaltungskosten, der lediglich 14,4 Prozent ausmachte. Und es kommt darin zweitens zum Ausdruck, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte im vergangenen Jahr einen viel stärkeren Rückgang hatten als die der Industrieprodukte. Der Rückgang der Getreidepreise betrug etwa 50 Prozent, noch stärker ist der Rückgang der Baumwollpreise. Der Preis für ein Pfund Baumwolle, der im Juli 1920 noch 43 Cent betrug, sank auf 8 bis 9 Cent, stieg dann Mitte Oktober vorübergehend bis auf 23 Cent und beträgt heute etwa 16 bis 17 Cent. Dieser Rückgang ist erfolgt, obwohl die Baumwollenernte auf mehr als die Hälfte der Produktion des Vorjahres zusammengeschrumpft ist, z. B. infolge systematischer Verringerung der Anbaufläche. Die Folge ist, daß die Einschränkung der Baumwollerzeugung, im geringeren Maße auch die Erzeugung von Weizen im kommenden Jahre fortschreiten wird.

Die Möglichkeiten einer Sanierung der amerikanischen Industrie beruhen nicht in dem Fortschreiten der Konzentrationsbewegung; diese dient im Gegenteil dazu, die kleinen Kapitalisten zu beseitigen und durch planmäßige gewaltige Einschränkung der Produktion den Kapitalisten Gewinnmöglichkeiten zu garantieren. Ein Hauptmittel der amerikanischen Kapitalisten wird auch weiterhin sein, den Lohnabbau mit aller Schärfe weiterzuführen. Sie rechnen dabei selbst mit Widerständen der Arbeiter; die soziale Krise, die heute schon durch die Existenz der gewaltigen Arbeitslosenarmee sich verschärft hat, wird sich durch diese Kämpfe noch weiter zuspitzen. Und gleichermaßen werden die kleinen Farmer, deren Arbeitseinkommen, wie wir gezeigt haben, noch viel stärker gefallen ist, als das der Arbeiter, in wachsendem Ausmaß revolutioniert.

Außer auf die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und kleinen Farmer des Inlands hofft das amerikanische Kapital darauf, sich neue Absatzmärkte und Märkte für Kapitalanlagen zu erobern. Im Mittelpunkt dieser Bestrebungen steht das chinesische Problem. Aber auch diese Möglichkeit weist bereits auf Konflikte hin, die aus dem Kampf des amerikanischen Kapitals mit dem Kapital anderer Staaten — Englands und Japans — sich entspinnen und das Wirtschaftsleben stören werden, ganz abgesehen davon, ob überhaupt der chinesische Markt die ihm zugeschriebene Aufnahmefähigkeit hat und ob nicht chinesisches Kapital selber den chinesischen Markt erobern wird.

A. Fr.

Die Arbeitslosigkeit wächst.

Das Reichsarbeitsministerium teilt uns mit:

Die Erwerbslosigkeit in Deutschland, die in den Monaten Oktober-November mit rund 150 000 unterstützten Erwerbslosen ihren tiefsten Stand erreicht hatte, weist für den Monat Dezember 1921 wieder eine Zunahme auf. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen — nicht gleichbedeutend mit der höheren Zahl der Erwerbslosen überhaupt — ist nämlich auf 164 000 gestiegen. Die Zunahme erstreckt sich ausschließlich auf die männlichen Arbeitnehmer, während die Zahl der weiblichen Erwerbslosen noch gesunken ist (von rund 35 000 auf 33 000). Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungs berechtigten Familienangehörigen Vollerwerbsloser) ist von 172 000 auf 210 000 gestiegen. Als Gründe für die vorliegende Verschlechterung des Arbeitsmarktes sind außer der für Außenarbeit ungünstigen Witterung die Valutaschwankungen und im Zusammenhang damit Schwierigkeiten bei der Einfuhr von Rohstoffen zu nennen, ferner Kohlemangel und Verkehrsschwierigkeiten.

Die auf dem tiefen Kursstand der deutschen Mark aufgebaut Scheinkonjunktur geht, wie auch diese Angabe zeigt, ihrem Ende entgegen. Daß die Zahl der männlichen Arbeiter rascher von der kommenden Krise betroffen und arbeitslos wird, ist ein ganz regelmäßige Erscheinung; der Unternehmer versucht, in den viel billigeren weiblichen Kräften auszukommen.

Teuerungswelle auf dem Fleischmarkt.

Nachdem einige Monate hindurch die Fleischpreise hinter der allgemeinen Teuerungswelle zurückgeblieben waren, hat sie dies von der Jahreswende an vollkommen verändert. In der Herbst- und Wintermonaten war zunächst auf sämtlichen Viehmärkten Deutschlands das Angebot an Vieh sehr groß gewesen, weil die diesjährige Rauhütterernte sehr schlecht ausgefallen war und insbesondere zahlreiche kleine Landwirte nicht wußten, wie sie ihr Vieh durch den Winter durchbringen sollten. Wir hatten schon vor Monaten darauf aufmerksam gemacht, daß diesen gewaltigen Angeboten von Vieh eine größere Not folgen mußte. Es ging aus den Ausweisen der deutschen Schlachthöfe hervor, daß das Angebot an Jung rindern und Kälbern in den genannten Monaten teilweise erheblich größer war als selbst in Friedenszeiten, trotzdem die Viehbestand Deutschlands heute um etwa 30 Prozent hinter der Vorkriegszeit zurückstand.

Die Preise auf den Hauptviehmärkten Deutschlands gingen bereits Ende Dezember bei Rindern um etwa 100 M., bei Kälbern um etwa 300 M., bei Schafen um etwa 200 M. und bei Schweinen um etwa 150 M. für 100 Pfund Lebendgewicht in die Höhe. Es ist zu erwarten, daß die Auftriebszahlen, die heute an den Schlachthöfen durchweg nur noch halb so groß sind, als im November, weiterhin zusammenschrumpfen werden und daß demgemäß die Fleischpreise sich weit nach oben entwickeln werden. Was diese Entwicklung bedeutet, geht daraus hervor, daß bereits in den Herbstmonaten als das Angebot an Vieh sehr reichlich war, der Fleischverbrauch der werktätigen Bevölkerung — wie auch die „Industrie- und Handelszeitung“ vom 27. Januar zugibt — noch nicht einmal 50 Prozent des Verbrauches der Vorkriegszeit ausmachte.

Uebersiedelung des deutschen Grundbesitzes.

Eine Teilerscheinung in der Uebersiedelung der deutschen Wirtschaft ist der Uebergang von Grund und Boden in die Hände auswärtiger Kapitalisten. Deutscher Grundbesitz wird ihnen zu Schleuderpreisen entgegengebracht, sie spekulieren damit, daß im deutschen Inland die Preise, auch die Miethöhe auf die Höhe der Weltmarktpreise steigen werden. Bebaute und unbebaute Grundstücke werden so in wachsendem Maße Spekulationsobjekt ausländischer Kapitalisten.

In Berlin sind so eine Anzahl Häuserblöcke und Hotels in ausländische Hände übergegangen, beispielsweise der Häuserkomplex „Goethe-Park“ in Charlottenburg, der W. Wechsungs Besitz in der Potsdamer Straße und einige Geschäftshäuser im Zentrum der Stadt.

In der „Bodenreform“ vom 20. Januar befindet sich ein Uebersicht, die das Ergebnis einer Statistik des Sächsischen Statistischen Landesamtes ist und Aufschluß gibt über den Uebergang von sächsischem Grundbesitz in Auslandshände im Januar 1921. Insgesamt sind 373 Grundstücke im Werte von 38 Millionen Mark außerdem etwa 600 Hypothekenbestellungen im Werte von 38 Millionen Mark an Ausländer, zum großen Teil amerikanische Kapitalisten, übergegangen.

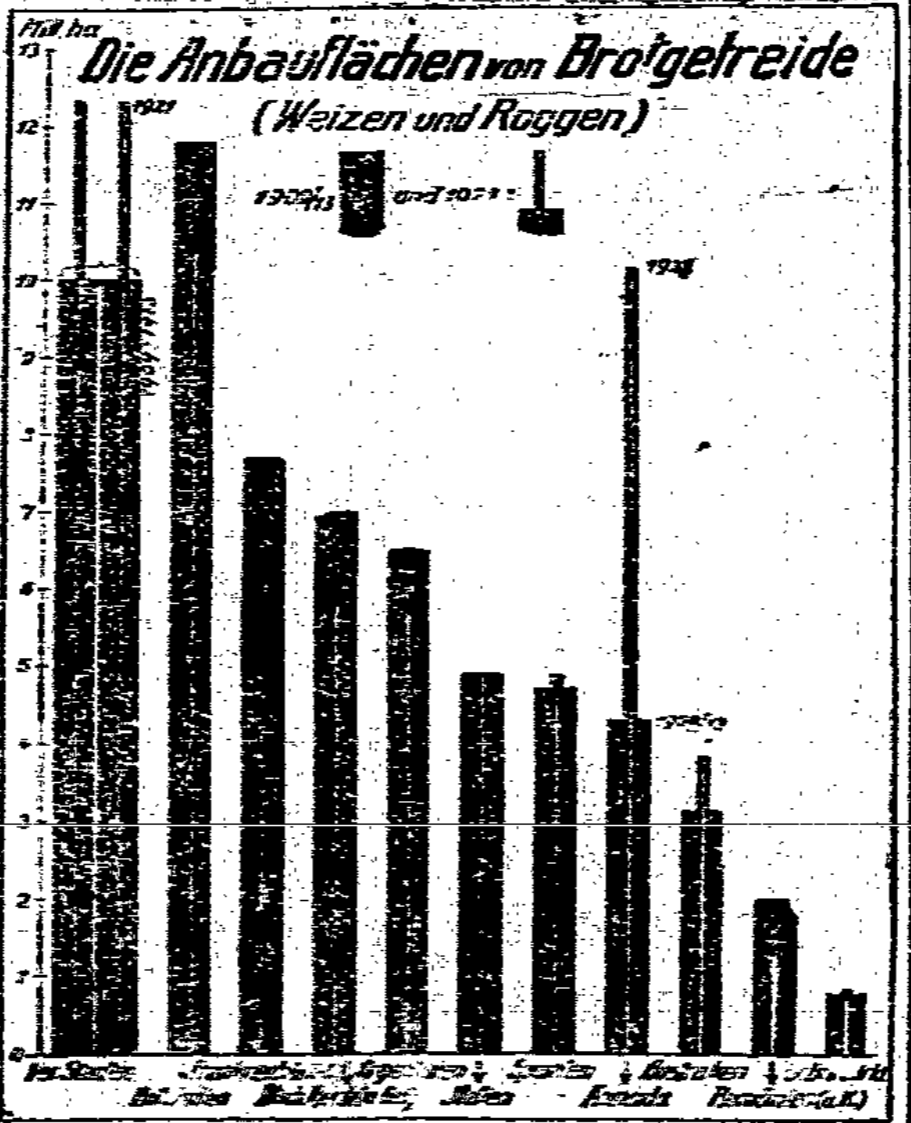
Diese Uebersiedelung deutschen Grundbesitzes wird planmäßig betrieben. In Groningen in Holland ist eine Gesellschaft gegründet worden mit dem Ziel der Anlegung von ländlichen Valuten in deutschen Immobilien (Grundstücken). Sie verfügt über gute Geschäftsfreunde in Deutschland und läßt durch deutsche Strommänner ein Grundstück nach dem anderen erwerben. Außerdem besteht in Stettin unter dem Namen „Zentralgrundstücksverwertung“ G. m. b. H. ein Unternehmen, das sich gleichfalls das Ziel setzt, deutsches Grundeigentum an das Ausland zu verkaufen. Völlig allem sollen norwegische Kapitalisten durch dieses Unternehmen eine größere Menge Grundstücke, teilweise in Berlin, erwerben haben.

Am stärksten zeigt sich dieser Prozeß im besetzten Gebiete des Rheines. Wo ganze Straßenzüge ausländische Eigentümern geworden sind. Es geht aus allen Meldungen hervor, daß deutsche Vermittler an all diesen Uebersiedelungen eine große Rolle spielen, da jedesmal für sie ein fetter Preis abfällt. Dieser Prozeß wird nicht eher ein Ende nehmen, als bis der Grund und Boden Deutschlands Eigentum des werktätigen deutschen Volkes selbst geworden ist.

Deutscher Maschineneport nach Frankreich.

„L'Exportateur Français“ vom 16. Januar gibt ein Uebersicht über die Einfuhr von Maschinen nach Frankreich für die Jahre 1920 und die ersten 11 Monate des Jahres 1921. In vergangenen Jahre waren die beiden größten Importeure der Vereinigten Staaten und England. Die Einfuhr an diesen beiden Ländern ist jedoch stark zurückgegangen im Jahre 1921, dessen Maschineneinfuhr im vorvergangenen Jahre an dritter Stelle stand, steht für das Jahr 1921 an erster Stelle. Es hat in den ersten elf Monaten 1921 bereits mehr Maschinen eingeführt, als im gesamten Jahr 1920. Demgegenüber ist der Maschineneport aus den Vereinigten Staaten um 40 Prozent und der aus den übrigen Ländern um etwa 30 Prozent zurückgegangen.

Dieser gewaltige Export deutscher Maschinen ist ein Beweis dafür, wie die Schleuderkonkurrenz des deutschen Kapitals die internationale Wirtschaftskrise verschärft.



Unser Schaubild, entnommen Heft 1 von „Wirtschaft und Statistik“, zeigt, wie in den meisten europäischen Ländern die Anbaufläche für Brotgetreide während der Kriegsjahre zusammengeschrumpft, wie ferner in einigen wichtigen Getreidevorkländern die Anbaufläche stark angewachsen ist, so vor allem in den Vereinigten Staaten, in Kanada und Australien; gerade während des Krieges war die Möglichkeit, in Europa getreideknapp abzusichern, groß. Mit dem Ende des Krieges, mit dem Rückgang der Produktivität in Europa, mit der Valutaschwäche der meisten europäischen Staaten hat sich dies geändert, so daß dementsprechend die Anbaufläche für Brotgetreide in den außereuropäischen Exportländern bisweilen nicht mehr zu sondern abnehmen wird. Dazu kommt, daß einige europäische Länder infolge Verarmung ihrer Anbaufläche (Frankreich, Italien, Skandinavien) ihren Bedarf wieder in größerem Maße aus der eigenen Landwirtschaft decken können als während der Kriegszeit. In allen überseeischen Getreideexportländern sind heute gewaltige Getreidemengen angestapelt, die nicht dem kapitalistischen Wirtschaftssystem keinen Absatz finden können.

Englisch-russischer Außenhandel 1921.
Die russische Handelsdelegation in London veröffentlicht die Ziffern des englisch-russischen Handelsverkehrs im abgelaufenen Jahre. Die Einfuhr russischer Waren nach England betrug 1,6 Millionen Pfund, an erster Stelle stehen dabei Holz, Hafer und Honig. Die Ausfuhr aus England nach Rußland belief sich auf 5,3 Millionen Pfund, es handelt sich vor allem um Textilwaren, ferner um landwirtschaftliche Maschinen, Sauerzucker und chemische Produkte.